

Sächsisches Amtsblatt

Nr. 45/2023

9. November 2023

Inhaltsverzeichnis

Sächsischer Landtag

Bekanntmachung des Sächsischen Landtags
über den Abschluss zu einer Massenpetition vom
20. September 20231431

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Bekanntmachung des Landeswahlleiters über die
Einreichung von Wahlvorschlägen für die Wahl zum
Achten Sächsischen Landtag am 1. September
2024 im Freistaat Sachsen vom 24. Oktober 20231434

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Dritte Richtlinie des Sächsischen Staatsministeri-
ums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, des Sächsi-
schen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz,
Umwelt und Landwirtschaft, des Sächsischen
Staatsministeriums des Innern zur Änderung der
Richtlinie Berufliche Bildung (FRL Berufliche Bil-
dung) vom 19. Oktober 2023.....1436

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen
über die Genehmigung der Zweckvereinbarung zwi-
schen dem Abwasserzweckverband „Wilischthal“
und dem Zweckverband „Kommunale Wasserver-/
Abwasserentsorgung Mittleres Erzgebirgsvorland“
Hainichen (ZWA) zur Übertragung der öffentlich-
rechtlichen Aufgabe der Planung und Entwick-
lung einer zukunftsfähigen und wirtschaftlichen
Klärschlammmentsorgung Gz.: 20-2217/3/40 vom
27. September 20231438

Zweckvereinbarung zur Übertragung der öffentlich-
rechtlichen Aufgabe der Planung und Entwicklung
einer zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klär-
schlammmentsorgung1438

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen
über die Genehmigung der Zweckvereinbarung
zwischen dem Abwasserzweckverband Wolken-
stein/Warmbad – Landschaftsschutzgebiet Oberes
Zschopautal und dem Zweckverband „Kommunale
Wasserver-/Abwasserentsorgung Mittleres Erzge-
birgsvorland“ Hainichen (ZWA) zur Übertragung
der öffentlich-rechtlichen Aufgabe der Planung und
Entwicklung einer zukunftsfähigen und wirtschaft-
lichen Klärschlammmentsorgung Gz.: 20-2217/3/41
vom 27. September 20231442

Zweckvereinbarung zur Übertragung der öffentlich-
rechtlichen Aufgabe der Planung und Entwicklung
einer zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klär-
schlammmentsorgung1442

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen
über die Genehmigung der Zweckvereinbarung
zwischen dem Abwasserzweckverband „Zscho-
pau/Gornau“ und dem Zweckverband „Kommunale
Wasserver-/Abwasserentsorgung Mittleres Erzge-
birgsvorland“ Hainichen (ZWA) zur Übertragung
der öffentlich-rechtlichen Aufgabe der Planung und
Entwicklung einer zukunftsfähigen und wirtschaft-
lichen Klärschlammmentsorgung Gz.: 20-2217/3/42
vom 27. September 20231446

Zweckvereinbarung zur Übertragung der öffentlich-
rechtlichen Aufgabe der Planung und Entwicklung
einer zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klär-
schlammmentsorgung1446

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Landratsamtes Erzgebirgs-
kreis über die Genehmigung Zweckvereinbarung
zur Übertragung der öffentlich-rechtlichen Aufgabe
der Planung und Entwicklung einer zukunftsfähigen
und wirtschaftlichen Klärschlammmentsorgung vom
Zweckverband „Abwasser Schlematal“ (ZAST) auf
den Zweckverband „Wasserwerke Westergebirge“
(ZWW) vom 17. Oktober 20231450

Zweckvereinbarung zur Übertragung der öffentlich-
rechtlichen Aufgabe der Planung und Entwicklung
einer zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klär-
schlammmentsorgung1450

Bekanntmachung des Landratsamtes Erzgebirgs-
kreis über die Genehmigung Zweckvereinbarung
zur Übertragung der öffentlich-rechtlichen Aufgabe
der Planung und Entwicklung einer zukunftsfähigen
und wirtschaftlichen Klärschlammmentsorgung vom
Zweckverband „Oberes Zschopau- und Sehmatal“
auf den Zweckverband „Wasserwerke Westerzge-
birge“ (ZWW) vom 17. Oktober 2023 1454

Zweckvereinbarung zur Übertragung der öffentlich-
rechtlichen Aufgabe der Planung und Entwicklung
einer zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klär-
schlammmentsorgung 1454

Sächsischer Landtag

Bekanntmachung des Sächsischen Landtags über den Abschluss zu einer Massenpetition

Vom 20. September 2023

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des Sächsischen Landtags über den Beschluss zu einer Massenpetition vom 17. Januar 2023 (SächsABl. S. 196) zur Eröffnung eines Petitionsverfahrens beim Sächsischen Landtag für die Massenpetition, Aktenzeichen 07/02040/3, in der die Petenten Vertreter der Staatsregierung und den Sächsischen Landtag auffordern, sich für das Ende des Ukrainekrieges und die Abmilderung dessen Folgen einzusetzen, wird Folgendes mitgeteilt:

Der Sächsische Landtag hat in seiner 76. Sitzung am 20. September 2023 nach der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (Drucksache 7/14387) beschlossen:

Zu Pkt. 1 und 3–5: Die Petition wird für erledigt erklärt.

Zu Pkt. 2: Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Gegenstand der Petition sind Forderungen bezüglich der Beendigung des Angriffskrieges auf die Ukraine sowie folgende energiepolitische Forderungen:

1. Sicherstellung der Versorgungssicherheit
2. Entscheidungen auf Basis von Fachkompetenz statt Ideologie
3. Unterstützung von KMU
4. Unterstützung kommunaler Verbände
5. De-Industrialisierung verhindern.

Die Russische Föderation führt seit 24. Februar 2022 einen Angriffskrieg gegen die Ukraine.

Das Anliegen des Petenten betrifft zum großen Teil die Bundespolitik, somit liegt die Zuständigkeit beim Bund. Die Bundesregierung hat der Ukraine seit Kriegsbeginn u.a. Flakpanzer, Panzerhaubitzen und Bergepanzer geliefert. Eine fortlaufend aktualisierte Aufstellung der militärischen Hilfsleistungen veröffentlicht die Bundesregierung auf dem Webportal Bundesregierung.de unter „Militärische Unterstützungsleistungen für die Ukraine“ oder über das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.

Diplomatische Beziehungen sowie verteidigungspolitische Fragen sind ausschließlich Zuständigkeit des Bundes. Sachsen unterstützt die Maßnahmen der Bundesregierung, die geeignet sind, Freiheit und Unabhängigkeit der Ukraine wiederherzustellen. Hierzu gehört u.a. die Wahrung der Souveränität der Ukraine. Dies beinhaltet auch, dass es keine Verhandlungen ohne die Zustimmung der ukrainischen Regierung geben kann.

Zu Punkt 1: Sicherstellung der Versorgungssicherheit

Der angesprochene Sachverhalt übersteigt bei weitem die Zuständigkeit und damit auch die Einflussmöglichkeiten des Petitionsausschusses des Sächsischen Landtags.

Unabhängig davon folgen einige Erläuterungen, dass die politisch Verantwortlichen in dem vom Petenten angesprochenen Sinne handeln.

Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine hat die ohnehin angespannte Lage auf den Energiemärkten weiter drastisch verschärft und im Jahresverlauf 2022 zu erheblichen Preissteigerungen bei Haushalten, Unternehmen, Zivilgesellschaft und sozialer Infrastruktur geführt. Die Sicherstellung der Energieversorgung und die Abfederung der teilweise erheblichen Mehrbelastungen durch Bund und Länder ist maßgeblich für den sozialen Zusammenhalt, für die Stabilität der Volkswirtschaft und die Bekämpfung der Folgen von Inflation.

Dem Anliegen der Petenten wurde durch die umfangreichen Entlastungspakete des Bundes und insbesondere durch die nunmehr verabschiedeten Gesetze zum Erdgas- und Wärmepreisbremsengesetz (EWPg) und dem Strompreisbremsengesetz umfassend Rechnung getragen. Durch diese Gesetze wird Gas für die gewerblichen Abnehmer auf einen Preis von 13 beziehungsweise 7 ct/kWh für 80 beziehungsweise 70 Prozent ihres Verbrauchs im Referenzjahr begrenzt. Der Bund plant für die Gaspreisbremse allein für Unternehmen mit einem mittleren zweistelligen Milliardenbetrag. Für die kleineren Unternehmer kommt noch die Dezemberhilfe hinzu. Darüber hinaus hat der Bund Maßnahmen zur Senkung beziehungsweise zur Dämpfung des Anstiegs von Netzentgelten Gas ergriffen und den geplanten Anstieg der CO₂-Preise zum 1. Januar 2023 ausgesetzt.

Der Bund hat zudem durch die Rettung des in Sachsen ansässigen Gasimporteurs VNG und des größten deutschen Importeurs, der Firma UNIPER, dafür gesorgt, dass diese Unternehmen die in der Vergangenheit vereinbarten günstigen Lieferkonditionen gegenüber ihren Kunden auch tatsächlich erfüllen konnten und hat so ermöglicht, dass die Energieversorger ihre vertraglichen Verpflichtungen gegenüber den Gewerbetreibenden noch erfüllen konnten.

Die Genehmigung von LNG-Terminals in Rekordzeit, die Diversifizierung der Lieferbeziehungen für Erdgas und der Aufbau neuer LNG-Lieferketten, die vollen Speicher haben deutlich entlastende Effekte hinsichtlich der Preise und unterstreichen den Willen der politisch Verantwortlichen, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, die Versorgungslage zu verbessern und die Preise in einem erträglichen Rahmen zu halten.

Von direkten staatlichen Eingriffen in die Marktpreisbildung ist jedoch abzusehen. Der Marktpreis übernimmt wichtige Funktionen wie die Koordinierungs-, Signal-, Lenkungs- und Selektionsfunktion und informiert unter anderem über die Knappheit eines Gutes. Die Lenkungsfunktion des Preises sorgt für eine effiziente Verwendung knapper Ressourcen. Würde der Preismechanismus beispielsweise durch eine staatliche Preisfestsetzung ersetzt werden, droht bei sinkenden Marktpreisen, dass Verbraucher und Unternehmen aufgrund einer staatlichen Preisfestsetzung unangemessen hohe Preise bezahlen müssten.

Durch eine Vielzahl von Maßnahmen ist die Versorgung mit Gas und Strom in Deutschland derzeit gewährleistet. Ei-

nen wesentlichen Beitrag haben die Einsparungen von Gas durch Wirtschaft und Privathaushalte geleistet.

Zudem hat die Bundesregierung eine Reihe wirksamer Maßnahmen ergriffen, so zum Beispiel:

- Ersatzbeschaffung zusätzlicher Gasbezugsmengen aus Norwegen, Niederlande, Frankreich und Belgien sowie von Flüssiggas weltweiter Lieferanten. Durch die Ersatzbeschaffungen konnten die deutschen Gasspeicher bis Anfang des Winters 2022 zu 100 Prozent gefüllt werden. Nach Ausspeicherungen während der Kälteperiode Anfang/Mitte Dezember 2022 betrug der Füllstand am 26. Dezember 2022 88,6 Prozent.
- Schnelle Genehmigung und Ausbau von Flüssiggas-terminals: Das Terminal Wilhelmshaven wurde im Dezember 2022 in Testbetrieb genommen und speist seit 21. Dezember 2022 Gas ins deutsche Fernleitungssystem ein. Weitere Inbetriebnahmen mehrerer Terminals sind für die Jahre 2023 und 2024 geplant.
- Ermöglichung des Streckbetriebs von drei Kernkraftwerken bis 15. April 2023.
- Beschluss des Ersatzkraftwerke-Bereithaltungsgesetzes, welches Stein- und Braunkohlekraftwerken, die zur Abschaltung anstehen oder bereits in den reservebetrieb gegangen sind, eine Rückkehr in den Strommarkt ermöglicht, um so die Gasverstromung in Gaskraftwerken wirksam zu ersetzen.
- Vereinfachter Brennstoffwechsel („Fuel Switch“), das heißt Gaskraftwerke können zeitlich befristet mit Öl statt mit Gas betrieben werden.

Diese und weitere Maßnahmen basierten unter anderem auf Ergebnissen zweier Stresstests, die die Bundesregierung bei den vier deutschen Übertragungsnetzbetreibern für Strom in Auftrag gegeben hat. Darin haben die Übertragungsnetzbetreiber verschiedene Szenarien zur Sicherheit der Stromversorgung für den Winter durchgerechnet. Sie sind zu dem Ergebnis gekommen, dass die Situation ernst, aber aus energiewirtschaftlicher Sicht beherrschbar ist, da Instrumente zur Verfügung stehen, um flächendeckende Zusammenbrüche des Stromnetzes zu verhindern. Ein mögliches Risiko für großflächige Stromausfälle besteht vornehmlich aufgrund von Sabotageakten. Das für die innere Sicherheit zuständige Sächsische Staatsministerium des Innern sieht aktuell keine über die allgemeine Gefährdungslage hinausgehende Bedrohungslagen. Die Situation wird sehr aufmerksam beobachtet, seit Monaten gibt es einen intensiven und engen Austausch mit den wichtigen Akteuren der Energiewirtschaft, aber auch mit den entsprechenden Krisenstrukturen des Bundes. Es wurde eine Stabsstelle Energiesicherheit im zuständigen Staatsministerium eingerichtet, die sämtliche Ressorts mit regelmäßigen Lageberichten und Abstimmungen zur aktuellen Situation informiert und sich mit kommunalen Spitzenverbänden und Energieversorgern im stetigen Austausch befindet. Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit ist die Vertretung sächsischer Belange gegenüber der Bundesregierung. Insbesondere muss auch den Energieträgern Biogas, Holz und Biomasse eine wichtige Rolle zugemessen werden.

Zu Punkt 2: Fachkompetenz statt Ideologie

Mangels konkreter Ausführungen kann eine Bewertung des Anliegens nicht vorgenommen werden. Grundsätzlich sollte die Entscheidungsfindung auf fundierten Grundlagen basieren.

Eine direkte Einflussnahme des Sächsischen Landtags ist außer bei der Wahl des Ministerpräsidenten, des Präsidenten des Sächsischen Rechnungshofes, Verfassungsrich-

tern, Medienräten und verschiedenen Beiräten gesetzlich nicht vorgesehen.

Die Forderung ist grundsätzlich richtig und ist Teil der Politik der Staatsregierung.

Zu Punkt 3: Unterstützung von KMU

Der angesprochene Sachverhalt übersteigt bei weitem die Zuständigkeit und damit auch die Einflussmöglichkeiten des Petitionsausschusses des Sächsischen Landtags. Unabhängig davon folgen einige Erläuterungen, dass die politisch Verantwortlichen in dem vom Petenten angesprochenen Sinne handeln.

Die Preise für Strom und Gas sind (unter anderem temperaturabhängig) sehr volatil, tendenziell aber rückläufig.

Zur Entlastung von KMU und anderen Akteuren hat die Bundesregierung im Dezember 2022 als wesentliche Maßnahme die Gesetze zur Strom- und Gaspreismbremse verabschiedet. Dadurch kommt es zu folgenden Preisdeckelungen:

- Leitungsgebundenes Erdgas und Wärme
 - Entnahmestellen bis 1,5 Millionen Kilowattstunden (kWh) Jahresverbrauch (insbesondere Haushalte und Kleine und mittlere Unternehmen – KMU), sowie Abnahmestellen für vermieteten/gemeinschaftlichen Wohnraum, Pflege-, Vorsorge- und Reha-Einrichtungen, Kitas, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, Behindertenwerkstätten
 - Kontingent von 80 Prozent des im September 2022 prognostizierten Jahresverbrauchs
 - zu brutto 12 Cent/Kilowattstunden (ct/kWh) (Gas) beziehungsweise 9,5 ct/kWh (Wärme)
- Sonstige Verbraucher:
 - Kontingent von 70 Prozent des Verbrauchs im Jahr 2021
 - zu netto 7 ct/kWh (Gas für RLM-Kunden über 1,5 Mio. kWh Verbrauch beziehungsweise Krankenhäuser) sowie 7,5 ct/kWh (Wärme für alle, die nicht als obiger „Kleinverbraucher“ gelten) beziehungsweise 9 ct/kWh für Wärme in Form von Dampf
- Strom
 - Entnahmestellen bis 30 000 kWh Jahresverbrauch (insbesondere Haushalte, KMU)
 - Kontingent von 80 Prozent des prognostizierten Jahresverbrauchs oder des Verbrauchs im Jahr 2021
 - zu brutto 40 ct/kWh
- Entnahmestellen über 30 000 kWh Jahresverbrauch
 - Kontingent von 70 Prozent des prognostizierten Jahresverbrauchs oder des Verbrauchs im Jahr 2021
 - zu netto 13 ct/kWh

Die Preisbremsen gelten ab dem 1. März 2023 (rückwirkend auch für Januar und Februar 2023) bis zum 31. Dezember 2023, verlängerbar durch Rechtsverordnung bis 30. April 2024.

Des Weiteren wurden „Härtefallhilfen“ für KMU in Höhe von 1 Mrd. Euro beschlossen für Unternehmen, die trotz Dezember-Soforthilfe und Preisbremsen von besonders stark gestiegenen Mehrkosten für Strom und Gas betroffen sind.

Zu Punkt 4: Unterstützung kommunaler Verbände

Der angesprochene Sachverhalt übersteigt bei weitem die Zuständigkeit und damit auch die Einflussmöglichkeiten des Petitionsausschusses des Sächsischen Landtags.

Unabhängig davon folgen einige Erläuterungen, dass die politisch Verantwortlichen in dem vom Petenten angesprochenen Sinne handeln.

Es wird davon ausgegangen, dass hier kommunale Zweckverbände gemeint sind. Diese profitieren ebenfalls von den Entlastungen im Rahmen der Gas- und Strompreisbremse (vergleiche Punkt 3).

Zu Punkt 5: De-Industrialisierung verhindern

Der angesprochene Sachverhalt übersteigt bei weitem die Zuständigkeit und damit auch die Einflussmöglichkeiten des Petitionsausschusses des Sächsischen Landtags.

Unabhängig davon folgen einige Erläuterungen, dass die politisch Verantwortlichen in dem vom Petenten angesprochenen Sinne handeln.

Es wurden eine Vielzahl von wirksamen Maßnahmen zur Sicherung der Energieversorgung und Dämpfung der Energiepreise umgesetzt, damit die sächsische Wirtschaft wettbewerbsfähig bleibt.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass mit dem Wissen von heute manche Maßnahmen nicht notwendig gewesen wären beziehungsweise andere Lösungen hätten gesucht werden müssen.

Punkt 1 und Punkte 3–5: Die Petition wird für erledigt erklärt.

Punkt 2: Der Petition kann nicht abgeholfen werden, da der Bitte nicht im Rahmen eines Petitionsverfahrens entsprochen werden kann.

Dresden, den 11. Oktober 2023

Sächsischer Landtag
Simone Lang
Vorsitzende Petitionsausschuss

Sächsisches Staatsministerium des Innern
Bekanntmachung
des Landeswahlleiters
über die Einreichung von Wahlvorschlägen für die Wahl
zum Achten Sächsischen Landtag
am 1. September 2024 im Freistaat Sachsen
Vom 24. Oktober 2023

Am 1. September 2024 findet die Wahl zum Achten Sächsischen Landtag statt. Die Wahl ist nach den Vorschriften des Sächsischen Wahlgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. August 2023 (SächsGVBl. S. 598) und der Landeswahlordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. April 2023 (SächsGVBl. S. 129) vorzubereiten und durchzuführen. Die Wahlkreiseinteilung ergibt sich aus der Anlage zu § 2 Absatz 1 des Sächsischen Wahlgesetzes.

Aufgrund von § 28 der Landeswahlordnung fordere ich hiermit zur möglichst frühzeitigen Einreichung von Beteiligungsanzeigen und von Wahlvorschlägen für die Wahl zum Achten Sächsischen Landtag am 1. September 2024 öffentlich auf.

1. Beteiligungsanzeigen

Parteien, die nicht parlamentarisch vertreten sind und deren Parteieigenschaft der Bundeswahlausschuss bei der letzten Wahl zum Deutschen Bundestag nicht festgestellt hat, können einen Wahlvorschlag nur einreichen, wenn sie **spätestens am 3. Juni 2024** (90. Tag vor der Wahl) **bis 18:00 Uhr** dem Landeswahlleiter ihre Beteiligung an der Wahl schriftlich angezeigt haben und der Landeswahlausschuss sodann ihre Parteieigenschaft festgestellt hat (§ 18 Absatz 4 des Sächsischen Wahlgesetzes).

Die Haus- und Postanschrift des Landeswahlleiters lautet:

Der Landeswahlleiter des Freistaates Sachsen,
Statistisches Landesamt, Macherstraße 63, 01917 Kamenz.

Die Anzeige muss gemäß § 18 Absatz 2 des Sächsischen Wahlgesetzes enthalten:

1. den Namen und die Kurzbezeichnung, unter denen die Partei sich an der Wahl beteiligen wird, und
2. die eigenhändigen Unterschriften von mindestens drei Mitgliedern des Landesvorstandes, darunter der oder dem Vorsitzenden oder ihrer oder seiner Stellvertreterin oder ihrem oder seinem Stellvertreter oder, wenn ein Landesverband nicht besteht, von den Vorständen der nächstniedrigen Gebietsverbände.

Die schriftliche Satzung und das schriftliche Programm der Partei sowie ein Nachweis über die satzungsgemäße Bestellung des Vorstandes sind der Anzeige beizufügen. Der Nachweis soll durch ein Protokoll der letzten Mitgliederversammlung, auf der der Vorstand gewählt wurde, erfolgen.

Der Landeswahlausschuss stellt spätestens am 21. Juni 2024 (72. Tag vor der Wahl) für alle Wahlorgane verbindlich fest,

1. welche Parteien parlamentarisch vertreten sind,

2. für welche Parteien der Bundeswahlausschuss bei der letzten Wahl zum Deutschen Bundestag die Parteieigenschaft festgestellt hat,
3. welche Vereinigungen, die ihre Beteiligung angezeigt haben, für die Wahl als Partei anzuerkennen sind.

2. Wahlvorschläge, Wählbarkeit

Landeslisten können nur von Parteien, Kreiswahlvorschläge können von Parteien und von Wählergruppen eingereicht werden. Eine Partei kann im Wahlgebiet nur eine Landesliste und in jedem Wahlkreis nur einen Kreiswahlvorschlag einreichen (§ 18 Absatz 5 des Sächsischen Wahlgesetzes). Die Verbindung von Landeslisten mehrerer Parteien und die Aufstellung gemeinsamer Landeslisten ist nicht zulässig (§ 27 Absatz 1 Satz 2 des Sächsischen Wahlgesetzes).

Gemäß § 14 des Sächsischen Wahlgesetzes sind wählbar alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens 12 Monaten im Wahlgebiet ihre Wohnung, bei mehreren Wohnungen ihre Hauptwohnung, haben oder, falls sie keine Wohnung in einem anderen Land der Bundesrepublik Deutschland haben, sich sonst im Freistaat Sachsen gewöhnlich aufhalten. Gemäß § 15 des Sächsischen Wahlgesetzes ist nicht wählbar, wer nach § 12 des Sächsischen Wahlgesetzes vom Wahlrecht ausgeschlossen ist oder wer infolge Richterspruchs die Wählbarkeit nicht besitzt.

2.1 Kreiswahlvorschläge

Die Aufforderung zur Einreichung von Kreiswahlvorschlägen erfolgt durch gesonderte Bekanntmachung der Kreiswahlleiterinnen und Kreiswahlleiter (§§ 28, 30 der Landeswahlordnung; § 20 des Sächsischen Wahlgesetzes) in den Amtsblättern oder Zeitungen, die allgemein für Bekanntmachungen der Landkreise und Kreisfreien Städte des jeweiligen Wahlkreises bestimmt sind (§ 74 der Landeswahlordnung). Namen und Sitze der Kreiswahlleiterinnen und Kreiswahlleiter sind aus der Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über den Landeswahlleiter, seine Stellvertreterin, die Kreiswahlleiterinnen und Kreiswahlleiter und deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter für die Landtagswahl 2024 vom 2. Oktober 2023 (SächsABl. S. 1382) ersichtlich. Kreiswahlvorschläge sind der Kreiswahlleiterin oder dem Kreiswahlleiter **spätestens bis zum 27. Juni 2024** (66. Tag vor der Wahl), **18:00 Uhr**, schriftlich einzureichen (§ 19 des Sächsischen Wahlgesetzes). Die Vordrucke für die Einreichung von Kreiswahlvorschlägen, insbesondere die Formblätter für Unterstützungsunterschriften für Kreiswahlvorschläge, werden von der Kreiswahlleiterin

oder dem Kreiswahlleiter auf Anfrage zur Verfügung gestellt.

2.2 Inhalt und Form der Landeslisten

2.2.1 Die Landesliste ist beim Landeswahlleiter unter oben genannter Anschrift (Nummer 1) **spätestens bis zum 27. Juni 2024** (66. Tag vor der Wahl), **18:00 Uhr**, schriftlich einzureichen (§ 19 des Sächsischen Wahlgesetzes) und muss enthalten (§ 35 der Landeswahlordnung):

1. den Namen der einreichenden Partei und die Kurzbezeichnung, sofern sie eine solche verwendet,
2. Familiennamen, Vornamen, Beruf oder Stand, Geburtsdatum, Geburtsort und Anschrift (Hauptwohnung) der Bewerberinnen und Bewerber. Sofern eine Bewerberin oder ein Bewerber auch in einem Wahlkreis kandidiert, ist darauf zu achten, dass die Bewerberangaben auf der Landesliste und in dem Kreiswahlvorschlag übereinstimmen.

Ferner soll die Landesliste Namen und Anschriften der Vertrauensperson und der stellvertretenden Vertrauensperson enthalten.

Die Landesliste soll nach dem Muster der Anlage 13 zur Landeswahlordnung eingereicht werden.

Die Vordrucke für die Einreichung der Landesliste, insbesondere die Formblätter für Unterstützungsunterschriften für Landeslisten, werden vom Landeswahlleiter auf Anfrage zur Verfügung gestellt.

2.2.2 Die Landesliste ist von mindestens drei Mitgliedern des Vorstandes des Landesverbandes der Partei, darunter der oder dem Vorsitzenden oder ihrer oder seiner Stellvertreterin oder ihrem oder seinem Stellvertreter, eigenhändig zu unterzeichnen. Hat eine Partei im Freistaat Sachsen keinen Landesverband oder keine einheitliche Landesorganisation, so ist die Landesliste von den Vorständen der nächstniedrigen Gebietsverbände, die im Bereich des Freistaates Sachsen liegen, zu unterzeichnen (§ 35 Absatz 2 der Landeswahlordnung).

2.2.3 Landeslisten von Parteien, die nicht parlamentarisch vertreten sind (§ 18 Absatz 2 Satz 2 des Sächsischen Wahlgesetzes), haben die nach § 27 Absatz 1 des Sächsischen Wahlgesetzes erforderlichen 1 000 Unterschriften (so genannte Unterstützungsunterschriften) auf amtlichen Formblättern nach Anlage 16 zur Landeswahlordnung zu erbringen. Die Formblätter werden auf Anforderung vom Landeswahlleiter kostenfrei geliefert. Bei der Anforderung ist der Name der Partei, die die Landesliste einreichen will, und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwendet, auch diese anzugeben. Der Landeswahlleiter vermerkt diese Angaben im Kopf der Formblätter. Die Unterstützungsunterschriften dürfen erst gesammelt werden, wenn die Landesliste aufgestellt ist. Vorher geleistete Unterschriften sind ungültig. Die Parteien haben deshalb die Aufstellung der Bewerberinnen und Bewerber in einer Mitglieder- oder einer Vertreterversammlung gegenüber dem Landeswahlleiter zu bestätigen. Dies soll durch die Vorlage eines Protokolls der Versammlung erfolgen. Die Wahlberechtigten, die eine Landesliste

unterstützen, müssen die Erklärung auf dem Formblatt eigenhändig unterzeichnen; zusätzlich zur Unterschrift sind Familienname, Vornamen, Geburtsdatum und Anschrift (Hauptwohnung) der Unterzeichnerin oder des Unterzeichners sowie der Ort und der Tag der Unterzeichnung anzugeben. Für jede Unterzeichnerin und jeden Unterzeichner ist auf dem Formblatt eine Bescheinigung der Gemeinde, bei der sie oder er im Wählerverzeichnis einzutragen ist, beizubringen, dass sie oder er im Zeitpunkt der Unterzeichnung im Freistaat Sachsen wahlberechtigt ist. Ein Wahlberechtigter darf jeweils nur eine Landesliste und einen Kreiswahlvorschlag unterzeichnen. Wer mehrere Landeslisten unterzeichnet oder für eine Landesliste mehrere Unterstützungsunterschriften gibt, macht sich gemäß § 108d in Verbindung mit § 107a des Strafgesetzbuches wegen Wahlfälschung strafbar.

2.2.4 Der Landesliste sind beizufügen:

1. die Erklärungen der vorgeschlagenen Bewerberinnen und Bewerber nach dem Muster der Anlage 14 zur Landeswahlordnung, dass sie ihrer Aufstellung zustimmen und für keine andere Landesliste ihre Zustimmung zur Benennung als Bewerberin oder Bewerber gegeben haben,
2. die Bescheinigungen der zuständigen Gemeinden nach dem Muster der Anlage 14 zur Landeswahlordnung, dass die vorgeschlagenen Bewerberinnen und Bewerber wählbar sind,
3. eine Ausfertigung der Niederschrift über die Beschlussfassung der Mitglieder- oder Vertreterversammlung, in der die Bewerberinnen und Bewerber aufgestellt worden sind und ihre Reihenfolge auf der Landesliste festgelegt worden ist, mit den nach § 21 Absatz 5 des Sächsischen Wahlgesetzes vorgeschriebenen Versicherungen an Eides statt nach dem Muster der Anlage 15 zur Landeswahlordnung, wobei sich die Versicherung an Eides statt darauf zu erstrecken hat, dass die Wahl der Bewerberinnen und Bewerber und die Festlegung ihrer Reihenfolge auf der Landesliste in geheimer Wahl erfolgt ist, alle stimmberechtigten Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Versammlung vorschlagsberechtigt waren und die Bewerberinnen und Bewerber Gelegenheit hatten, sich und ihr Programm der Versammlung vorzustellen; die Niederschrift soll nach dem Muster der Anlage 15 zur Landeswahlordnung gefertigt und die Versicherung an Eides statt nach dem Muster der Anlage 15A zur Landeswahlordnung abgegeben werden,
4. die Unterstützungsunterschriften nebst Bescheinigungen des Wahlrechts der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner, sofern die Landesliste von mindestens 1 000 Wahlberechtigten unterzeichnet sein muss (§ 27 Absatz 1 Satz 4 des Sächsischen Wahlgesetzes).

Informationen zur Landtagswahl 2024 sind im Internet unter der Adresse <https://wahlen.sachsen.de> verfügbar. Die vorgenannten Vordrucke und Formblätter zur Landeswahlordnung werden als ausfüllbare PDF-Formulare vom Landeswahlleiter auf Anfrage kostenfrei zur Verfügung gestellt.

Kamenz, den 24. Oktober 2023

Martin Richter
Landeswahlleiter

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Dritte Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft, des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Änderung der Richtlinie Berufliche Bildung (FRL Berufliche Bildung)

Vom 19. Oktober 2023

I.

Die Richtlinie Berufliche Bildung vom 28. Februar 2022 (SächsABl. S. 433), die zuletzt durch die Richtlinie vom 6. Juli 2023 (SächsABl. S. 992) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Teil A wird wie folgt geändert:
In Ziffer II wird nach Nummer 5 folgende Nummer 6 eingefügt:
„6. Berufliche Weiterbildung.“
2. Teil B wird wie folgt geändert:
Nach Ziffer V wird folgende Ziffer VI eingefügt:
„VI.
Berufliche Weiterbildung“
 1. Gegenstand der Förderung
Zum Aufbau beziehungsweise zur Stärkung fachlicher und überfachlicher Kompetenzen und Qualifikationen, dem Erhalt und Ausbau der Beschäftigungsfähigkeit sowie der Steigerung der Beschäftigungschancen werden gefördert:
 - a) Vorhaben der betrieblichen Weiterbildung,
 - b) Vorhaben der individuell berufsbezogenen Weiterbildung.
 2. Zuwendungsempfänger
 - a) Zuwendungsempfänger für Vorhaben nach Nummer 1. a) sind Unternehmen (natürliche beziehungsweise juristische Personen oder Personenvereinigungen des privaten Rechts) mit bis zu 500 Mitarbeitern (einschließlich Mitarbeitern aus unselbstständigen Niederlassungen) beziehungsweise rechtlich selbstständige Unternehmen innerhalb eines Unternehmensverbunds mit bis zu 500 Mitarbeitern im Unternehmen. Sitz oder Niederlassung des Unternehmens sind im Freistaat Sachsen.
 - b) Zuwendungsempfänger für Vorhaben nach Nummer 1. b) sind natürliche Personen.
 - c) Von der Förderung ausgeschlossen sind:
 - aa) Unternehmen, die einer Rückforderungsanordnung auf Grund einer früheren Kommissionsentscheidung zur Feststellung der Rechtswidrigkeit und Unvereinbarkeit einer Beihilfe mit dem Gemeinsamen Markt nicht Folge geleistet haben,

bb) Unternehmen, bei denen 25 Prozent oder mehr des Kapitals oder der Stimmrechte von einer oder mehreren öffentlichen Stellen oder Körperschaften des öffentlichen Rechts einzeln oder gemeinsam kontrolliert werden.

3. Zuwendungsvoraussetzungen
 - a) Abweichend von Nummer 1.2 der Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung dürfen Zuwendungen bewilligt werden, wenn die Zuwendung im Einzelfall 2 500 Euro unterschreitet. Die Gesamtausgaben müssen mindestens 700 Euro betragen.
 - b) Die Teilnehmenden für Vorhaben nach Nummer 1. a) haben ihren Hauptwohnsitz oder Arbeitsort im Freistaat Sachsen.
 - c) Die Teilnehmenden für Vorhaben nach Nummer 1. a) gehören einer der folgenden Zielgruppen an:
 - aa) Unternehmer beziehungsweise Selbstständige, Erwerbstätige mit bestehendem Arbeitsverhältnis,
 - bb) dual Studierende, Werkstudenten, Praktikanten.
 - d) Die Zuwendungsempfänger nach Nummer 1. b) haben ihren Hauptwohnsitz im Freistaat Sachsen.
 - e) Die Zuwendungsempfänger nach Nummer 1. b) sind Erwerbstätige mit bestehendem Arbeitsverhältnis und einem durchschnittlichen monatlichen Bruttoeinkommen von bis zu 3 700 Euro.
 - f) Der Nachweis der Zuwendungsvoraussetzungen erfolgt durch Eigenerklärung im Antragsformular.
4. Art und Umfang, Höhe der Zuwendung
 - a) Die Zuwendung wird in Form eines Zuschusses als Festbetragsfinanzierung gewährt.
 - b) Der Fördersatz beträgt in der Regel 50 Prozent. Für geringfügig Beschäftigte für Vorhaben nach Nummer 1. b) gilt ein Fördersatz von in der Regel 80 Prozent.
 - c) Die Zuwendung wird als Pauschale in Form von individuellen Standardeinheitskosten gewährt. Zuwendungsfähig sind die Ausgaben der Weiterbildungsmaßnahme zuzüglich anfallender Prüfungsgebühren. Die Standardeinheitskos-

- ten für eine einzelne Einheit ermitteln sich aus der Höhe der zuwendungsfähigen Ausgaben in Euro pro Modul und Teilnehmer unter Berücksichtigung des Fördersatzes.
- d) Die Zuwendung beträgt maximal 4 500 Euro.
 - e) Nicht förderfähig sind:
 - aa) die Umsatzsteuer für Vorhaben nach Nummer 1. a),
 - bb) Fahrt- und Unterbringungskosten.
5. Verfahren
- a) Die Antragstellung und Nachweisführung erfolgt über das Förderportal der Bewilligungsstelle. Als Nachweise sind erforderlich
 - aa) für Vorhaben nach Nummer 1. a):
 - Nachweise zur Legitimation,
 - Weiterbildungsangebot.
 - bb) für Vorhaben nach Nummer 1. b):
 - Nachweise zur Legitimation,
 - Weiterbildungsangebot,
 - Gehaltsnachweis.
 - b) Die Umsetzung des Vorhabens ist nachzuweisen. Die Verwendungsnachweisführung erfolgt über das Förderportal der Bewilligungsstelle. Als Nachweise sind erforderlich:
 - Anmeldebestätigung,
 - Teilnahmebestätigung.
 - c) Die Auszahlung erfolgt gemäß Ziffer 7.6 Verwaltungsvorschrift zu § 44 Sächsische Haushaltsordnung nach Vorlage und auf der Grundlage des Verwendungsnachweises. Bei Vorhaben nach Nummer 1 b) sind Zwischenauszahlungen bei Gesamtausgaben in Höhe von mindestens 3 000 Euro modulbezogen möglich.
6. Anzuwendende Beihilfevorschriften
- Die Zuwendung erfolgt nach Maßgabe und unter Einhaltung der Voraussetzungen folgender beihilfrechtlicher Regelungen der EU in der jeweils geltenden Fassung:
- a) Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (ABl. L 352 vom 24.12.2013, S. 1), zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2020/972 vom 2. Juli 2020 (ABl. L 215 vom 7.7.2020, S. 3),
 - b) Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Agrarsektor (ABl. L 352 vom 24.12.2013, S. 9), zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2019/316 vom 21. Februar 2019 (ABl. L 51 vom 22.2.2019, S. 1)
 - c) Verordnung (EU) Nr. 717/2014 der Kommission vom 27. Juni 2014 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor (ABl. L 190 vom 28.6.2014, S. 45), zuletzt geändert durch VO (EU) 2022/2514 vom 14.12.2022 (ABl. L 326 vom 21.12.2022, S. 8)."

II.

Diese Richtlinie tritt mit Unterzeichnung in Kraft.

Dresden, den 19. Oktober 2023

Der Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Martin Dulig

Der Staatsminister für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft
Wolfram Günther

Der Staatsminister des Innern
Armin Schuster

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Genehmigung der Zweckvereinbarung zwischen dem Abwasserzweckverband „Wilischthal“ und dem Zweckverband „Kommunale Wasserver-/Abwasserentsorgung Mittleres Erzgebirgsvorland“ Hainichen (ZWA) zur Übertragung der öffentlich-rechtlichen Aufgabe der Planung und Entwicklung einer zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klärschlammentsorgung

Gz.: 20-2217/3/40

Vom 27. September 2023

Die Landesdirektion Sachsen hat mit Bescheid vom 1. September 2023 auf der Grundlage von § 72 Absatz 1 Satz 3 und 4 in Verbindung mit § 49 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, die am 15. Juni 2023/23. Juni 2023 geschlossene „Zweckvereinbarung zur Übertragung der öffentlich-rechtlichen Aufgabe der Planung und Entwicklung einer zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klärschlammentsorgung“ vom Abwasserzweckverband „Wilischthal“ auf den Zweckverband „Kom-

munale Wasserver-/Abwasserentsorgung Mittleres Erzgebirgsvorland“ Hainichen (ZWA) genehmigt.

Die Zweckvereinbarung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Zweckvereinbarung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Chemnitz, den 27. September 2023

Landesdirektion Sachsen
Bauschke
Referent Kommunalwesen
in Vertretung des Referatsleiters

Zweckvereinbarung zur Übertragung der öffentlich-rechtlichen Aufgabe der Planung und Entwicklung einer zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klärschlammentsorgung

Zwischen dem
Zweckverband „Kommunale Wasserver-/Abwasserentsorgung Mittleres Erzgebirgsvorland“ Hainichen (ZWA)
Käthe-Kollwitz-Straße 6, 09661 Hainichen

– nachfolgend „**RZV**“ genannt –

und dem

Abwasserzweckverband „Wilischthal“,
Werner-Seelenbinder-Weg 12, 09423 Gelenau/Erzgeb.

– nachfolgend „**AZV**“ genannt –

– RZV und AZV gemeinsam auch die „**Vertragspartner**“
genannt –

wird aufgrund der §§ 2 Absatz 1, 71 und 72 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019

(SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, in Verbindung mit § 54 Absatz 2 Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. S. 3901), § 48 Satz 1 Sächsisches Wassergesetz (SächsWG) vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 144) in Verbindung mit § 2 Absatz 11, § 3 Absatz 1 Satz 1 Verordnung über die Verwertung von Klärschlamm, Klärschlammgemisch und Klärschlammkompost (Klärschlammverordnung – AbfKlärV) vom 27. September 2017 (BGBl. I S. 3465), zuletzt geändert durch Artikel 137 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I

S. 1328), § 15 Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz – KrWG) vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212), zuletzt geändert durch Artikel 20 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436) folgende **Zweckvereinbarung** geschlossen.

Inhalt

Präambel

- § 1 Gegenstand der Zweckvereinbarung/Aufgabenübertragung
- § 2 Kooperatives Konzept (Mitwirkungsrechte)
- § 3 Kosten
- § 4 Auskunfts- und Einsichtsrechte
- § 5 Haftung
- § 6 Laufzeit, Aufhebung
- § 7 sonstige Bestimmungen
- § 8 Meinungsverschiedenheiten
- § 9 Inkrafttreten

Präambel

(1) Die Vertragspartner sind jeweils Aufgabenträger der Abwasserbeseitigung nach § 56 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) in Verbindung mit § 50 Absatz 1 des Sächsischen Wassergesetzes (SächsWG).

(2) Sowohl der RZV als auch der AZV betreiben die Beseitigung des in ihren jeweiligen Verbandsgebieten anfallenden Abwassers als öffentliche Einrichtung. Für die Erledigung der vorgenannten Aufgabe einschließlich des Betriebs der Abwasseranlagen und der Entsorgung der Klärschlämme bedienen sich beide jeweils eines Dritten im Sinne des § 56 Satz 3 WHG. Die Entsorgung von Klärschlamm gehört in den Aufgabenbereich der Abfallentsorgung. Die öffentlich-rechtlichen Aufgabenträger der Abfallentsorgung haben die entsprechende Verpflichtung zur Entsorgung von Klärschlämmen jedoch ausgeschlossen. Dementsprechend sind der RZV und der AZV jeweils als Klärschlammherzeuger (§ 2 Absatz 11, § 3 Absatz 1 AbfKlärV) verpflichtet, den Klärschlamm, der zwangsläufig bei der Abwasserbehandlung anfällt, nach den Vorgaben des Abfallrechts zu entsorgen (§ 15 Absatz 1 KrWG).

(3) Die Novelle der Klärschlammverordnung 2017 (AbfKlärV) sieht eine Neuausrichtung der Klärschlammverwertung in Deutschland durch eine stufenweise Verschärfung der Anforderungen an eine bodenbezogene Verwertung von Klärschlämmen vor. Klärschlämme aus Abwasserbehandlungsanlagen ab einer Ausbaugröße von 100.000 Einwohnerwerten (EW) dürfen spätestens ab dem 01.01.2029 und Klärschlämme aus Abwasserbehandlungsanlagen ab einer Ausbaugröße von 50.000 EW spätestens ab dem 01.01.2032 nicht mehr bodenbezogen verwertet werden. Zudem ist spätestens ab 2029 grundsätzlich eine Phosphorrückgewinnung aus besonders phosphorhaltigen Klärschlämmen (Phosphorgehalt ≥ 20 g/Kg Trockensubstanz (TS)) vorzunehmen.

(4) Um diese verschärften Rahmenbedingungen der Klärschlammverwertung einzuhalten, sind die Vertragspartner gezwungen, die Klärschlamm-mengen zukünftig fast ausschließlich der Mitverbrennung zuzuführen. Die Mitverbrennungskapazitäten der in Betracht kommenden Kraftwerke sind jedoch begrenzt und werden mit zunehmender Nutzung der Sonnen- und Windenergie sowie der geplanten Abschaltung von Teilen der Braunkohlekraftwerke weiter rückläufig sein. Darüber hinaus soll ab 2029 für bestimmte Klärschlämme eine Mitverbrennung grundsätzlich untersagt werden, sodass von einem erheblichen Rückgang der Ent-

sorgungskapazitäten verbunden mit einem weiteren Anstieg der Entsorgungskosten ausgegangen werden muss.

Gemäß § 3a Absatz 1 AbfKlärV in der ab 01.01.2023 geltenden Fassung haben Klärschlammherzeuger, die im Kalenderjahr 2023 eine Abwasserbehandlungsanlage betreiben, der zuständigen Behörde bis spätestens 31.12.2023 einen Bericht über die geplanten und eingeleiteten Maßnahmen zur Sicherstellung der ab 01.01.2029 durchzuführenden Phosphorrückgewinnung, zur Auf- oder Einbringung von Klärschlamm auf oder in Böden oder zur sonstigen Klärschlammentsorgung im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes vorzulegen („KS-Verwertungskonzeption“). Den Klärschlammherzeugern obliegt damit bereits heute die Aufgabe der Planung und Entwicklung einer zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klärschlammentsorgung. Um langfristig eine planungssichere, stabile, den gesetzlichen Vorgaben entsprechende und zugleich wirtschaftliche Klärschlammverwertung sicherzustellen, beabsichtigen die Vertragspartner, bei der Klärschlammentsorgung dauerhaft zu kooperieren, mit dem Ziel, die rechtskonforme, rechtssichere und wirtschaftliche Klärschlammentsorgung dauerhaft sicher zu stellen.

(5) Die Vertragspartner haben sich entschlossen, im Rahmen ihrer jeweiligen KS-Verwertungskonzeption für die Verwertung ihrer Klärschlamm-mengen die Schaffung gemeinsamer Verwertungsmöglichkeiten, auch unter Einbeziehung weiterer öffentlicher Aufgabenträger, in den Fokus der Prüfung zu stellen und, soweit technisch machbar und wirtschaftlich sinnvoll, zu realisieren. Hierzu ist beabsichtigt, dass der RZV die Federführung der KS-Konzepterstellung übernimmt und der AZV ihm die entsprechende öffentlich-rechtliche Aufgabe überträgt.

(6) Der RZV hat gemeinsam mit drei weiteren Partnern im Gebiet Westsachsen (zusammen die „Gesellschafter“) die Klärschlammmanagement Westsachsen GmbH (KMW GmbH) mit Sitz in Zwickau (AG Chemnitz HRB 33282) mit dem Ziel errichtet, bei der Erfüllung dieser Aufgaben zu kooperieren und eine regionale Lösung zu entwickeln.

Gegenstand der Gesellschaft ist die Vorbereitung, der Bau und die Betreibung einer Klärschlammmonoverbrennungsanlage (KMVA) mit einer möglichen Phosphorrückgewinnung, einschließlich Energie- und Wärmebehandlung. Ziel ist es dabei zunächst, ein umsetzungsreifes Konzept für die Schaffung der notwendigen Kapazitäten für die Verwertung der anfallenden und der ihnen zuzurechnenden Klärschlämme aller Gesellschafter zu entwickeln, welches die gemeinsam definierten Zielvorgaben der Vertragspartner erfüllt und insbesondere die Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgabe der Klärschlammverwertung einschließlich Phosphorrückgewinnung dauerhaft sichert.

(7) Den Vertragspartnern ist bewusst, dass zur weiteren Realisierung der gemeinsamen Klärschlammverwertung zusätzliche Umsetzungsschritte erforderlich werden und sind bereit, an deren Umsetzung aktiv mitzuwirken.

Vorbehaltlich der positiven Beurteilung der Errichtung und des Betriebs einer KMVA und der Bestätigung der Umsetzung einer solchen KS-Verwertungskonzeption, streben die Vertragspartner an, dass der AZV zur weiteren gemeinsamen Aufgabenerfüllung dem RZV in einem zweiten Schritt die Aufgabe der Klärschlammentsorgung nach den Grundsätzen der KS-Verwertungskonzeption mittels einer weiteren Zweckvereinbarung überträgt.

§ 1 Gegenstand der Zweckvereinbarung/ Aufgabenübertragung

(1) Der RZV und der AZV arbeiten im Bereich der Klärschlamm Entsorgung zusammen. Der AZV überträgt hiermit dem RZV gemäß § 71 Absatz 1 SächsKomZG die Aufgabe der Planung und Entwicklung einer zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klärschlammverwertung („KS-Verwertungskonzeption“) als Teilaufgabe der Abwasserbeseitigung und Klärschlammverwertung einschließlich der Phosphorrückgewinnung gemäß § 54 Absatz 2 WHG, § 48 Satz 1 SächsWG in Verbindung mit § 2 Absatz 11, § 3 Absatz 1 Satz 1 AbfKlärV und § 15 KrWG. Die Berichtspflichten nach § 3a Absatz 1 AbfKlärV in der ab 01.01.2023 geltenden Fassung verbleiben beim AZV.

(2) Die weiteren Aufgaben des AZV als zuständiger Aufgabenträger der Abwasserentsorgung und als Betreiber von Abwasserbehandlungsanlagen und damit als Klärschlamm-erzeuger i. S. d. AbfKlärV bleiben im Übrigen von dieser Vereinbarung unberührt.

(3) Die Zusammenarbeit dient ausschließlich öffentlichen Interessen.

(4) Im Falle einer positiven Beurteilung der Errichtung und des Betriebs einer KMVA unter Einbeziehung der verwertungspflichtigen Klärschlämme des AZV in der KS-Verwertungskonzeption und der Genehmigung ihrer Umsetzung durch die Gesellschafter sowie die Rechtsaufsichtsbehörde, streben der AZV die Übertragung der Aufgabe der Klärschlamm Entsorgung nach § 54 Absatz 2 WHG, § 48 Satz 1 SächsWG in Verbindung mit § 2 Absatz 11, § 3 Absatz 1 Satz 1 AbfKlärV und § 15 KrWG auf den RZV und der RZV die Übernahme dieser Aufgabe an.

Zur Übertragung dieser weiteren Aufgaben werden der AZV und der RZV eine gesonderte Zweckvereinbarung auf der Grundlage der KS-Verwertungskonzeption schließen, welche u. a. einer gesonderten Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde bedarf.

§ 2 Kooperatives Konzept (Mitwirkungsrechte)

(1) Die Beteiligten verpflichten sich, kooperativ und konstruktiv zusammenzuarbeiten, um die Ziele der Vereinbarung zu erreichen. Insbesondere ist jeder Beteiligte verpflichtet, die in dieser Vereinbarung geregelten Leistungen zu erbringen und an den notwendigen einzelnen Maßnahmen und Schritten mitzuwirken.

(2) Der RZV übernimmt im Zusammenwirken mit dem AZV die Planung und Entwicklung einer zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klärschlammverwertung unter Berücksichtigung der hierfür notwendigen vom AZV mitzuteilenden Informationen, insbesondere in Bezug auf die zu verwertenden Klärschlamm-mengen und Klärschlamm-beschaffenheit. Der RZV kann sich hierfür geeigneter Dritter, insbesondere der KMW GmbH bedienen.

(3) Der AZV unterstützt den RZV bei der Schaffung erforderlicher Voraussetzungen zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben.

§ 3 Kosten

(1) Der AZV hat dem RZV die im Zusammenhang mit der Aufgabenübertragung entstehenden Aufwendungen zu erstatten.

(2) Maßstab für die Verteilung der nicht direkt dem AZV zuzuordnenden Kosten ist das Verhältnis der in die Verwertungskonzeption einzubeziehenden geplanten Klärschlamm-mengen der Vertragspartner (RZV 2.457 t Trockensubstanz/ AZV 217 t Trockensubstanz). Die zu entsorgende Gesamtmenge RZV und alle kooperierenden AZV beläuft sich auf 3 002 t Trockensubstanz (= 100 %).

Demnach trägt der RZV 81,85 % der Kosten und der AZV 7,23 %.

(3) Der RZV legt die entstandenen Kosten anteilig auf den AZV nach Ablauf des jeweiligen Kalenderjahres um und erstellt bis spätestens 30. Juni des Folgejahres eine Abrechnung, aus der sich der Aufwand und die Verteilung zwischen den Vertragspartnern ergibt.

(4) Die Vertragspartner gehen übereinstimmend davon aus, dass auf diese Vergütung als unmittelbare Kostenerstattungen keine Umsatzsteuer zu zahlen ist. Sofern hiervon abweichend von der Steuerbarkeit der Leistung ausgegangen werden sollte, wird die Umsatzsteuer ab dem Zeitpunkt der Feststellung durch das zuständige Finanzamt von dem RZV erhoben und von dem AZV erstattet. Die Erstattungspflicht trifft den AZV auch für den Fall der rückwirkenden Geltendmachung der Umsatzsteuer. Über die Einlegung von Rechtsmitteln gegen die Feststellung nach Satz 3 entscheiden die Vertragspartner gemeinsam.

(5) Eine Übertragung der Befugnis zur Abgabenerhebung gemäß § 71 Absatz 1 Satz 3 Halbsatz 2 in Verbindung mit § 60 Absatz 3 SächsKomZG ist mit der Aufgabenübertragung nicht verbunden.

§ 4 Auskunfts- und Einsichtsrechte

(1) Der RZV erteilt auf Verlangen des AZV über die Maßnahmen und den Stand der Planung und Entwicklung der zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klärschlammverwertung (KS-Verwertungskonzeption) Auskunft.

(2) Der RZV hat den AZV, unabhängig von Absatz 1, unverzüglich über alle wichtigen Angelegenheiten zu unterrichten, die die Planung und Entwicklung der zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klärschlammverwertung (KS-Verwertungskonzeption) beeinträchtigen könnten.

(3) Der AZV ist berechtigt, die Abrechnung zu prüfen und hierfür notwendige Unterlagen selbst oder durch ein von Berufswegen zur Verschwiegenheit verpflichteten Dritten einzusehen.

(4) Der AZV unterstützt die Aufgabenwahrnehmung durch den RZV bei der Schaffung erforderlicher Voraussetzungen zur Erfüllung seiner Aufgaben.

§ 5 Haftung

(1) Die Haftung des RZV für Schäden, die er im Rahmen der Aufgabenerfüllung nach § 1 zu vertreten hat, bestimmt

sich nach den gesetzlichen Bestimmungen, soweit nachfolgend keine abweichende Regelung getroffen ist.

(2) Sofern Dritte Ansprüche gegenüber dem AZV geltend machen, die im Zusammenhang mit der Aufgabenerfüllung nach § 1 stehen und auf schuldhafte Verletzung der Pflichten des RZV nach dieser Zweckvereinbarung zurückzuführen sind, hat der RZV den AZV der Höhe nach insoweit freizustellen, als der AZV gegenüber Dritten haftet.

§ 6 Laufzeit, Aufhebung

(1) Diese Zweckvereinbarung beginnt am Monatsersten des auf den Tag des Inkrafttretens nach § 9 folgenden Monats. Sie wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Die Zweckvereinbarung kann im gegenseitigen Benehmen aus Gründen des öffentlichen Wohls mit Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde, jedoch frühestens zum 31.12.2026 aufgehoben werden und wird mit der Bekanntmachung der Aufhebung durch die Rechtsaufsichtsbehörde im Sächsischen Amtsblatt wirksam.

§ 7 Sonstige Bestimmungen

(1) Änderungen oder Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform sowie der Genehmigung der Rechtsaufsicht. Dies gilt auch für die Änderung dieses Schriftformerfordernisses selbst. Mündliche Nebenabreden zu dieser Vereinbarung bestehen nicht.

(2) Im Falle einer wesentlichen Änderung der dieser Zweckvereinbarung zugrundeliegenden gesetzlichen Bestimmungen oder der tatsächlichen Verhältnisse werden die Vertragspartner unverzüglich in Verhandlungen mit dem Ziel eintreten, diese Zweckvereinbarung den geänderten Verhältnissen anzupassen.

(3) Erfüllungsort und Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung oder den weiteren Verhandlungen als auch dem zu schließenden Vertrag ist der Sitz des RZV.

(4) Sollten Bestimmungen dieser Vereinbarung oder eine künftige Ergänzung ganz oder teilweise nicht rechtswirksam oder nicht durchführbar sein oder ihre Rechtswirksamkeit oder Durchführbarkeit verlieren, so soll hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen dieser Vereinbarung nicht berührt werden. Das Gleiche gilt, soweit sich herausstellen sollte, dass diese Vereinbarung eine Regelungslücke enthält. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen oder zur Ausfüllung der Lücke soll eine angemessene Regelung gelten, die, soweit rechtlich möglich, dem am nächsten kommt, was die Parteien gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck dieser Vereinbarung gewollt hätten, sofern sie bei Abschluss dieser Vereinbarung oder bei der späteren Aufnahme einer Bestimmung den Punkt bedacht hätten.

(5) Die Vertragspartner gehen übereinstimmend davon aus, dass diese Vereinbarung vergaberechtskonform zustande gekommen ist. Für den Fall, dass künftig durch eine Aufsichtsbehörde, ein Gericht oder ein Organ der europäischen Union der Abschluss der Vereinbarung in einer förmlichen Entscheidung beanstandet wird, sind die Vertragspartner zunächst verpflichtet, eine gemeinsame vergaberechtskonforme Vertragsänderung zu ermöglichen.

§ 8 Meinungsverschiedenheiten

Die Zweckvereinbarung wird im Geiste der Partnerschaft und des ernststen Willens zur Vertragstreue geschlossen. Eventuell auftretende Unstimmigkeiten sind in diesem Sinne einvernehmlich zu regeln.

§ 9 Inkrafttreten

Die Zweckvereinbarung bedarf gemäß § 72 Absatz 1 Satz 3 SächsKomZG der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde. Sie tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde und der Zweckvereinbarung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Hainichen, 23.06.2023

Zweckverband „Kommunale Wasserver-/Abwasserentsorgung Mittleres Erzgebirgsvorland“ Hainichen (ZWA)
Ronny Hofmann
Verbandsvorsitzender

Gelenau, 15.06.2023

Abwasserzweckverband „Wilischthal“
Knut Schreiter
Verbandsvorsitzender

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über die Genehmigung der Zweckvereinbarung zwischen
dem Abwasserzweckverband Wolkenstein/Warmbad –
Landschaftsschutzgebiet Oberes Zschopautal und dem
Zweckverband „Kommunale Wasserver-/Abwasserentsorgung
Mittleres Erzgebirgsvorland“ Hainichen (ZWA) zur Übertragung der
öffentlich-rechtlichen Aufgabe der Planung und Entwicklung einer
zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klärschlamm Entsorgung**

Gz.: 20-2217/3/41

Vom 27. September 2023

Die Landesdirektion Sachsen hat mit Bescheid vom 1. September 2023 auf der Grundlage von § 72 Absatz 1 Satz 3 und 4 in Verbindung mit § 49 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, die am 15. Juni 2023/23. Juni 2023 geschlossene „Zweckvereinbarung zur Übertragung der öffentlich-rechtlichen Aufgabe der Planung und Entwicklung einer zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klärschlamm Entsorgung“ vom Abwasserzweckverband Wolkenstein/Warmbad – Landschaftsschutzgebiet

Oberes Zschopautal auf den Zweckverband „Kommunale Wasserver-/Abwasserentsorgung Mittleres Erzgebirgsvorland“ Hainichen (ZWA) genehmigt.

Die Zweckvereinbarung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Zweckvereinbarung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Chemnitz, den 27. September 2023

Landesdirektion Sachsen
Bauschke
Referent Kommunalwesen
in Vertretung des Referatsleiters

**Zweckvereinbarung
zur Übertragung der öffentlich-rechtlichen Aufgabe
der Planung und Entwicklung einer zukunftsfähigen
und wirtschaftlichen Klärschlamm Entsorgung**

Zwischen dem
Zweckverband „Kommunale Wasserver-/Abwasserentsorgung Mittleres Erzgebirgsvorland“ Hainichen (ZWA)
Käthe-Kollwitz-Straße 6, 09661 Hainichen

– nachfolgend „RZV“ genannt –

und dem

Abwasserzweckverband Wolkenstein/Warmbad,
Wolkensteiner Straße 10, 09518 Großrückerswalde

– nachfolgend „AZV“ genannt –

– RZV und AZV gemeinsam auch die „**Vertragspartner**“
genannt –

wird aufgrund der §§ 2 Absatz 1, 71 und 72 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom

9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, in Verbindung mit § 54 Absatz 2 Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. S. 3901), § 48 Satz 1 Sächsisches Wassergesetz (SächsWG) vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 144) in Verbindung mit § 2 Absatz 11, § 3 Absatz 1 Satz 1 Verordnung über die Verwertung von Klärschlamm, Klärschlammgemisch und Klärschlammkompost (Klärschlammverordnung – AbfKlärV) vom 27. September 2017 (BGBl. I S. 3465), zuletzt geändert durch Artikel 137 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328), § 15 Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz – KrWG) vom 24. Fe-

bruar 2012 (BGBl. I S. 212), zuletzt geändert durch Artikel 20 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436) folgende Zweckvereinbarung geschlossen.

Inhalt

Präambel

- § 1 Gegenstand der Zweckvereinbarung/Aufgabenübertragung
- § 2 Kooperatives Konzept (Mitwirkungsrechte)
- § 3 Kosten
- § 4 Auskunfts- und Einsichtsrechte
- § 5 Haftung
- § 6 Laufzeit, Aufhebung
- § 7 sonstige Bestimmungen
- § 8 Meinungsverschiedenheiten
- § 9 Inkrafttreten

Präambel

(1) Die Vertragspartner sind jeweils Aufgabenträger der Abwasserbeseitigung nach § 56 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) in Verbindung mit § 50 Absatz 1 des Sächsischen Wassergesetzes (SächsWG).

(2) Sowohl der RZV als auch der AZV betreiben die Beseitigung des in ihren jeweiligen Verbandsgebieten anfallenden Abwassers als öffentliche Einrichtung. Für die Erledigung der vorgenannten Aufgabe einschließlich des Betriebs der Abwasseranlagen und der Entsorgung der Klärschlämme bedienen sich beide jeweils eines Dritten im Sinne des § 56 Satz 3 WHG. Die Entsorgung von Klärschlamm gehört in den Aufgabenbereich der Abfallentsorgung. Die öffentlich-rechtlichen Aufgabenträger der Abfallentsorgung haben die entsprechende Verpflichtung zur Entsorgung von Klärschlämmen jedoch ausgeschlossen. Dementsprechend sind der RZV und der AZV jeweils als Klärschlammherzeuger (§ 2 Absatz 11, § 3 Absatz 1 AbfKlärV) verpflichtet, den Klärschlamm, der zwangsläufig bei der Abwasserbehandlung anfällt, nach den Vorgaben des Abfallrechts zu entsorgen (§ 15 Absatz 1 KrWG).

(3) Die Novelle der Klärschlammverordnung 2017 (AbfKlärV) sieht eine Neuausrichtung der Klärschlammverwertung in Deutschland durch eine stufenweise Verschärfung der Anforderungen an eine bodenbezogene Verwertung von Klärschlämmen vor. Klärschlämme aus Abwasserbehandlungsanlagen ab einer Ausbaugröße von 100.000 Einwohnerwerten (EW) dürfen spätestens ab dem 01.01.2029 und Klärschlämme aus Abwasserbehandlungsanlagen ab einer Ausbaugröße von 50.000 EW spätestens ab dem 01.01.2032 nicht mehr bodenbezogen verwertet werden. Zudem ist spätestens ab 2029 grundsätzlich eine Phosphorrückgewinnung aus besonders phosphorhaltigen Klärschlämmen (Phosphorgehalt ≥ 20 g/Kg Trockensubstanz (TS)) vorzunehmen.

(4) Um diese verschärften Rahmenbedingungen der Klärschlammverwertung einzuhalten, sind die Vertragspartner gezwungen, die Klärschlammmengen zukünftig fast ausschließlich der Mitverbrennung zuzuführen. Die Mitverbrennungskapazitäten der in Betracht kommenden Kraftwerke sind jedoch begrenzt und werden mit zunehmender Nutzung der Sonnen- und Windenergie sowie der geplanten Abschaltung von Teilen der Braunkohlekraftwerke weiter rückläufig sein. Darüber hinaus soll ab 2029 für bestimmte Klärschlämme eine Mitverbrennung grundsätzlich untersagt werden, sodass von einem erheblichen Rückgang der Entsorgungskapazitäten verbunden mit einem weiteren Anstieg der Entsorgungskosten ausgegangen werden muss.

Gemäß § 3a Absatz 1 AbfKlärV in der ab 01.01.2023 geltenden Fassung haben Klärschlammherzeuger, die im Kalenderjahr 2023 eine Abwasserbehandlungsanlage betreiben, der zuständigen Behörde bis spätestens 31.12.2023 einen Bericht über die geplanten und eingeleiteten Maßnahmen zur Sicherstellung der ab 01.01.2029 durchzuführenden Phosphorrückgewinnung, zur Auf- oder Einbringung von Klärschlamm auf oder in Böden oder zur sonstigen Klärschlammentsorgung im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes vorzulegen („KS-Verwertungskonzeption“). Den Klärschlammherzeugern obliegt damit bereits heute die Aufgabe der Planung und Entwicklung einer zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klärschlammentsorgung. Um langfristig eine planungssichere, stabile, den gesetzlichen Vorgaben entsprechende und zugleich wirtschaftliche Klärschlammverwertung sicherzustellen, beabsichtigen die Vertragspartner, bei der Klärschlammentsorgung dauerhaft zu kooperieren, mit dem Ziel, die rechtskonforme, rechtssichere und wirtschaftliche Klärschlammentsorgung dauerhaft sicher zu stellen.

(5) Die Vertragspartner haben sich entschlossen, im Rahmen ihrer jeweiligen KS-Verwertungskonzeption für die Verwertung ihrer Klärschlammmengen die Schaffung gemeinsamer Verwertungsmöglichkeiten, auch unter Einbeziehung weiterer öffentlicher Aufgabenträger, in den Fokus der Prüfung zu stellen und, soweit technisch machbar und wirtschaftlich sinnvoll, zu realisieren. Hierzu ist beabsichtigt, dass der RZV die Federführung der KS-Konzepterstellung übernimmt und der AZV ihm die entsprechende öffentlich-rechtliche Aufgabe überträgt.

(6) Der RZV hat gemeinsam mit drei weiteren Partnern im Gebiet Westsachsen (zusammen die „Gesellschafter“) die Klärschlammmanagement Westsachsen GmbH (KMW GmbH) mit Sitz in Zwickau (AG Chemnitz HRB 33282) mit dem Ziel errichtet, bei der Erfüllung dieser Aufgaben zu kooperieren und eine regionale Lösung zu entwickeln.

Gegenstand der Gesellschaft ist die Vorbereitung, der Bau und die Betreibung einer Klärschlammmonoverbrennungsanlage (KMVA) mit einer möglichen Phosphorrückgewinnung, einschließlich Energie- und Wärmebehandlung. Ziel ist es dabei zunächst, ein umsetzungsreifes Konzept für die Schaffung der notwendigen Kapazitäten für die Verwertung der anfallenden und der ihnen zuzurechnenden Klärschlämme aller Gesellschafter zu entwickeln, welches die gemeinsam definierten Zielvorgaben der Vertragspartner erfüllt und insbesondere die Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgabe der Klärschlammverwertung einschließlich Phosphorrückgewinnung dauerhaft sichert.

(7) Den Vertragspartnern ist bewusst, dass zur weiteren Realisierung der gemeinsamen Klärschlammverwertung zusätzliche Umsetzungsschritte erforderlich werden und sind bereit, an deren Umsetzung aktiv mitzuwirken.

Vorbehaltlich der positiven Beurteilung der Errichtung und des Betriebs einer KMVA und der Bestätigung der Umsetzung einer solchen KS-Verwertungskonzeption, streben die Vertragspartner an, dass der AZV zur weiteren gemeinsamen Aufgabenerfüllung dem RZV in einem zweiten Schritt die Aufgabe der Klärschlammentsorgung nach den Grundsätzen der KS-Verwertungskonzeption mittels einer weiteren Zweckvereinbarung überträgt.

§ 1 Gegenstand der Zweckvereinbarung/ Aufgabenübertragung

(1) Der RZV und der AZV arbeiten im Bereich der Klärschlamm Entsorgung zusammen. Der AZV überträgt hiermit dem RZV gemäß § 71 Absatz 1 SächsKomZG die Aufgabe der Planung und Entwicklung einer zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klärschlammverwertung („KS-Verwertungskonzeption“) als Teilaufgabe der Abwasserbeseitigung und Klärschlammverwertung einschließlich der Phosphorrückgewinnung gemäß § 54 Absatz 2 WHG, § 48 Satz 1 SächsWG in Verbindung mit § 2 Absatz 11, § 3 Absatz 1 Satz 1 AbfKlärV und § 15 KrWG. Die Berichtspflichten nach § 3a Absatz 1 AbfKlärV in der ab 01.01.2023 geltenden Fassung verbleiben beim AZV.

(2) Die weiteren Aufgaben des AZV als zuständiger Aufgabenträger der Abwasserentsorgung und als Betreiber von Abwasserbehandlungsanlagen und damit als Klärschlamm-erzeuger i. S. d. AbfKlärV bleiben im Übrigen von dieser Vereinbarung unberührt.

(3) Die Zusammenarbeit dient ausschließlich öffentlichen Interessen.

(4) Im Falle einer positiven Beurteilung der Errichtung und des Betriebs einer KMVA unter Einbeziehung der verwertungspflichtigen Klärschlämme des AZV in der KS-Verwertungskonzeption und der Genehmigung ihrer Umsetzung durch die Gesellschafter sowie die Rechtsaufsichtsbehörde, streben der AZV die Übertragung der Aufgabe der Klärschlamm Entsorgung nach § 54 Absatz 2 WHG, § 48 Satz 1 SächsWG in Verbindung mit § 2 Absatz 11, § 3 Absatz 1 Satz 1 AbfKlärV und § 15 KrWG auf den RZV und der RZV die Übernahme dieser Aufgabe an.

Zur Übertragung dieser weiteren Aufgaben werden der AZV und der RZV eine gesonderte Zweckvereinbarung auf der Grundlage der KS-Verwertungskonzeption schließen, welche u. a. einer gesonderten Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde bedarf.

§ 2 Kooperatives Konzept (Mitwirkungsrechte)

(1) Die Beteiligten verpflichten sich, kooperativ und konstruktiv zusammenzuarbeiten, um die Ziele der Vereinbarung zu erreichen. Insbesondere ist jeder Beteiligte verpflichtet, die in dieser Vereinbarung geregelten Leistungen zu erbringen und an den notwendigen einzelnen Maßnahmen und Schritten mitzuwirken.

(2) Der RZV übernimmt im Zusammenwirken mit dem AZV die Planung und Entwicklung einer zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klärschlammverwertung unter Berücksichtigung der hierfür notwendigen vom AZV mitzuteilenden Informationen, insbesondere in Bezug auf die zu verwertenden Klärschlamm-mengen und Klärschlamm-beschaffenheit. Der RZV kann sich hierfür geeigneter Dritter, insbesondere der KMW GmbH bedienen.

(3) Der AZV unterstützt den RZV bei der Schaffung erforderlicher Voraussetzungen zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben.

§ 3 Kosten

(1) Der AZV hat dem RZV die im Zusammenhang mit der Aufgabenübertragung entstehenden Aufwendungen zu erstatten.

(2) Maßstab für die Verteilung der nicht direkt dem AZV zuzuordnenden Kosten ist das Verhältnis der in die Verwertungskonzeption einzubeziehenden geplanten Klärschlamm-mengen der Vertragspartner (RZV 2.457 t Trockensubstanz/ AZV 112 t Trockensubstanz). Die zu entsorgende Gesamtmenge RZV und alle kooperierenden AZV beläuft sich auf 3.002 t Trockensubstanz (= 100 Prozent).

Demnach trägt der RZV 81,85 Prozent der Kosten und der AZV 3,73 Prozent.

(3) Der RZV legt die entstandenen Kosten anteilig auf den AZV nach Ablauf des jeweiligen Kalenderjahres um und erstellt bis spätestens 30. Juni des Folgejahres eine Abrechnung, aus der sich der Aufwand und die Verteilung zwischen den Vertragspartnern ergibt.

(4) Die Vertragspartner gehen übereinstimmend davon aus, dass auf diese Vergütung als unmittelbare Kostenerstattungen keine Umsatzsteuer zu zahlen ist. Sofern hiervon abweichend von der Steuerbarkeit der Leistung ausgegangen werden sollte, wird die Umsatzsteuer ab dem Zeitpunkt der Feststellung durch das zuständige Finanzamt von dem RZV erhoben und von dem AZV erstattet. Die Erstattungspflicht trifft den AZV auch für den Fall der rückwirkenden Geltendmachung der Umsatzsteuer. Über die Einlegung von Rechtsmitteln gegen die Feststellung nach Satz 3 entscheiden die Vertragspartner gemeinsam.

(5) Eine Übertragung der Befugnis zur Abgabenerhebung gemäß § 71 Absatz 1 Satz 3 Halbsatz 2 in Verbindung mit § 60 Absatz 3 SächsKomZG ist mit der Aufgabenübertragung nicht verbunden.

§ 4 Auskunfts- und Einsichtsrechte

(1) Der RZV erteilt auf Verlangen des AZV über die Maßnahmen und den Stand der Planung und Entwicklung der zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klärschlammverwertung (KS-Verwertungskonzeption) Auskunft.

(2) Der RZV hat den AZV, unabhängig von Absatz 1, unverzüglich über alle wichtigen Angelegenheiten zu unterrichten, die die Planung und Entwicklung der zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klärschlammverwertung (KS-Verwertungskonzeption) beeinträchtigen könnten.

(3) Der AZV ist berechtigt, die Abrechnung zu prüfen und hierfür notwendige Unterlagen selbst oder durch ein von Berufswegen zur Verschwiegenheit verpflichteten Dritten einzusehen.

(4) Der AZV unterstützt die Aufgabenwahrnehmung durch den RZV bei der Schaffung erforderlicher Voraussetzungen zur Erfüllung seiner Aufgaben.

§ 5 Haftung

(1) Die Haftung des RZV für Schäden, die er im Rahmen der Aufgabenerfüllung nach § 1 zu vertreten hat, bestimmt

sich nach den gesetzlichen Bestimmungen, soweit nachfolgend keine abweichende Regelung getroffen ist.

(2) Sofern Dritte Ansprüche gegenüber dem AZV geltend machen, die im Zusammenhang mit der Aufgabenerfüllung nach § 1 stehen und auf schuldhafte Verletzung der Pflichten des RZV nach dieser Zweckvereinbarung zurückzuführen sind, hat der RZV den AZV der Höhe nach insoweit freizustellen, als der AZV gegenüber Dritten haftet.

§ 6 Laufzeit, Aufhebung

(1) Diese Zweckvereinbarung beginnt am Monatsersten des auf den Tag des Inkrafttretens nach § 9 folgenden Monats. Sie wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Die Zweckvereinbarung kann im gegenseitigen Benehmen aus Gründen des öffentlichen Wohls mit Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde, jedoch frühestens zum 31.12.2026 aufgehoben werden und wird mit der Bekanntmachung der Aufhebung durch die Rechtsaufsichtsbehörde im Sächsischen Amtsblatt wirksam.

§ 7 Sonstige Bestimmungen

(1) Änderungen oder Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform sowie der Genehmigung der Rechtsaufsicht. Dies gilt auch für die Änderung dieses Schriftformerfordernisses selbst. Mündliche Nebenabreden zu dieser Vereinbarung bestehen nicht.

(2) Im Falle einer wesentlichen Änderung der dieser Zweckvereinbarung zugrundeliegenden gesetzlichen Bestimmungen oder der tatsächlichen Verhältnisse werden die Vertragspartner unverzüglich in Verhandlungen mit dem Ziel eintreten, diese Zweckvereinbarung den geänderten Verhältnissen anzupassen.

(3) Erfüllungsort und Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung oder den weiteren Verhandlungen als auch dem zu schließenden Vertrag ist der Sitz des RZV.

(4) Sollten Bestimmungen dieser Vereinbarung oder eine künftige Ergänzung ganz oder teilweise nicht rechtswirksam oder nicht durchführbar sein oder ihre Rechtswirksamkeit oder Durchführbarkeit verlieren, so soll hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen dieser Vereinbarung nicht berührt werden. Das Gleiche gilt, soweit sich herausstellen sollte, dass diese Vereinbarung eine Regelungslücke enthält. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen oder zur Ausfüllung der Lücke soll eine angemessene Regelung gelten, die, soweit rechtlich möglich, dem am nächsten kommt, was die Parteien gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck dieser Vereinbarung gewollt hätten, sofern sie bei Abschluss dieser Vereinbarung oder bei der späteren Aufnahme einer Bestimmung den Punkt bedacht hätten.

(5) Die Vertragspartner gehen übereinstimmend davon aus, dass diese Vereinbarung vergaberechtskonform zustande gekommen ist. Für den Fall, dass künftig durch eine Aufsichtsbehörde, ein Gericht oder ein Organ der europäischen Union der Abschluss der Vereinbarung in einer förmlichen Entscheidung beanstandet wird, sind die Vertragspartner zunächst verpflichtet, eine gemeinsame vergaberechtskonforme Vertragsänderung zu ermöglichen.

§ 8 Meinungsverschiedenheiten

Die Zweckvereinbarung wird im Geiste der Partnerschaft und des ernststen Willens zur Vertragstreue geschlossen. Eventuell auftretende Unstimmigkeiten sind in diesem Sinne einvernehmlich zu regeln.

§ 9 Inkrafttreten

Die Zweckvereinbarung bedarf gemäß § 72 Absatz 1 Satz 3 SächsKomZG der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde. Sie tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde und der Zweckvereinbarung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Hainichen, 23.06.2023

Zweckverband „Kommunale Wasserver-/Abwasserentsorgung Mittleres Erzgebirgsvorland“ Hainichen (ZWA)
Ronny Hofmann
Verbandsvorsitzender

Großrückerswalde, 15.06.2023

Abwasserzweckverband Wolkenstein/Warmbad – Landschaftsschutzgebiet Oberes Zschopautal
Wolfram Liebing
Verbandsvorsitzender

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über die Genehmigung der Zweckvereinbarung zwischen
dem Abwasserzweckverband „Zschopau/Gornau“
und dem Zweckverband „Kommunale Wasserver-/Abwasserentsorgung
Mittleres Erzgebirgsvorland“ Hainichen (ZWA)
zur Übertragung der öffentlich-rechtlichen Aufgabe
der Planung und Entwicklung einer zukunftsfähigen
und wirtschaftlichen Klärschlamm Entsorgung**

Gz.: 20-2217/3/42

Vom 27. September 2023

Die Landesdirektion Sachsen hat mit Bescheid vom 1. September 2023 auf der Grundlage von § 72 Absatz 1 Satz 3 und 4 in Verbindung mit § 49 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, die am 9. Juni 2023/4. Juli 2023 geschlossene „Zweckvereinbarung zur Übertragung der öffentlich-rechtlichen Aufgabe der Planung und Entwicklung einer zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klärschlamm Entsorgung“ vom Abwasserzweckverband „Zschopau/Gornau“ auf den Zweckverband

„Kommunale Wasserver-/Abwasserentsorgung Mittleres Erzgebirgsvorland“ Hainichen (ZWA) genehmigt.

Die Zweckvereinbarung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Zweckvereinbarung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Chemnitz, den 27. September 2023

Landesdirektion Sachsen
Bauschke
Referent Kommunalwesen
in Vertretung des Referatsleiters

**Zweckvereinbarung
zur Übertragung der öffentlich-rechtlichen Aufgabe
der Planung und Entwicklung einer zukunftsfähigen
und wirtschaftlichen Klärschlamm Entsorgung**

Zwischen dem
Zweckverband „Kommunale Wasserver-/Abwasserentsorgung Mittleres Erzgebirgsvorland“ Hainichen (ZWA)
Käthe-Kollwitz-Straße 6, 09661 Hainichen

– nachfolgend „**RZV**“ genannt –

und dem
Abwasserzweckverband „Zschopau/Gornau“
Krumhermersdorfer Straße 2a, 09405 Zschopau

– nachfolgend „**AZV**“ genannt –

– RZV und AZV gemeinsam auch die „**Vertragspartner**“ genannt –

wird aufgrund der §§ 2 Absatz 1, 71 und 72 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom

9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, in Verbindung mit § 54 Absatz 2 Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. S. 3901), § 48 Satz 1 Sächsisches Wassergesetz (SächsWG) vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 144) in Verbindung mit § 2 Absatz 11, § 3 Absatz 1 Satz 1 Verordnung über die Verwertung von Klärschlamm, Klärschlammgemisch und Klärschlammkompost (Klärschlammverordnung – AbfKlärV) vom 27. September 2017 (BGBl. I S. 3465), zuletzt geändert durch Artikel 137 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328), § 15 Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz – KrWG) vom 24. Fe-

bruar 2012 (BGBl. I S. 212), zuletzt geändert durch Artikel 20 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436) folgende Zweckvereinbarung geschlossen.

Inhalt

Präambel

- § 1 Gegenstand der Zweckvereinbarung/Aufgabenübertragung
- § 2 Kooperatives Konzept (Mitwirkungsrechte)
- § 3 Kosten
- § 4 Auskunfts- und Einsichtsrechte
- § 5 Haftung
- § 6 Laufzeit, Aufhebung
- § 7 sonstige Bestimmungen
- § 8 Meinungsverschiedenheiten
- § 9 Inkrafttreten

Präambel

(1) Die Vertragspartner sind jeweils Aufgabenträger der Abwasserbeseitigung nach § 56 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) in Verbindung mit § 50 Absatz 1 des Sächsischen Wassergesetzes (SächsWG).

(2) Sowohl der RZV als auch der AZV betreiben die Beseitigung des in ihren jeweiligen Verbandsgebieten anfallenden Abwassers als öffentliche Einrichtung. Für die Erledigung der vorgenannten Aufgabe einschließlich des Betriebs der Abwasseranlagen und der Entsorgung der Klärschlämme bedienen sich beide jeweils eines Dritten im Sinne des § 56 Satz 3 WHG. Die Entsorgung von Klärschlamm gehört in den Aufgabenbereich der Abfallentsorgung. Die öffentlich-rechtlichen Aufgabenträger der Abfallentsorgung haben die entsprechende Verpflichtung zur Entsorgung von Klärschlämmen jedoch ausgeschlossen. Dementsprechend sind der RZV und der AZV jeweils als Klärschlammherzeuger (§ 2 Absatz 11, § 3 Absatz 1 AbfKlärV) verpflichtet, den Klärschlamm, der zwangsläufig bei der Abwasserbehandlung anfällt, nach den Vorgaben des Abfallrechts zu entsorgen (§ 15 Absatz 1 KrWG).

(3) Die Novelle der Klärschlammverordnung 2017 (AbfKlärV) sieht eine Neuausrichtung der Klärschlammverwertung in Deutschland durch eine stufenweise Verschärfung der Anforderungen an eine bodenbezogene Verwertung von Klärschlämmen vor. Klärschlämme aus Abwasserbehandlungsanlagen ab einer Ausbaugröße von 100.000 Einwohnerwerten (EW) dürfen spätestens ab dem 01.01.2029 und Klärschlämme aus Abwasserbehandlungsanlagen ab einer Ausbaugröße von 50.000 EW spätestens ab dem 01.01.2032 nicht mehr bodenbezogen verwertet werden. Zudem ist spätestens ab 2029 grundsätzlich eine Phosphorrückgewinnung aus besonders phosphorhaltigen Klärschlämmen (Phosphorgehalt ≥ 20 g/Kg Trockensubstanz (TS)) vorzunehmen.

(4) Um diese verschärften Rahmenbedingungen der Klärschlammverwertung einzuhalten, sind die Vertragspartner gezwungen, die Klärschlammmengen zukünftig fast ausschließlich der Mitverbrennung zuzuführen. Die Mitverbrennungskapazitäten der in Betracht kommenden Kraftwerke sind jedoch begrenzt und werden mit zunehmender Nutzung der Sonnen- und Windenergie sowie der geplanten Abschaltung von Teilen der Braunkohlekraftwerke weiter rückläufig sein. Darüber hinaus soll ab 2029 für bestimmte Klärschlämme eine Mitverbrennung grundsätzlich untersagt werden, sodass von einem erheblichen Rückgang der Entsorgungskapazitäten verbunden mit einem weiteren Anstieg der Entsorgungskosten ausgegangen werden muss.

Gemäß § 3a Absatz 1 AbfKlärV in der ab 01.01.2023 geltenden Fassung haben Klärschlammherzeuger, die im Kalenderjahr 2023 eine Abwasserbehandlungsanlage betreiben, der zuständigen Behörde bis spätestens 31.12.2023 einen Bericht über die geplanten und eingeleiteten Maßnahmen zur Sicherstellung der ab 01.01.2029 durchzuführenden Phosphorrückgewinnung, zur Auf- oder Einbringung von Klärschlamm auf oder in Böden oder zur sonstigen Klärschlammentsorgung im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes vorzulegen („KS-Verwertungskonzeption“). Den Klärschlammherzeugern obliegt damit bereits heute die Aufgabe der Planung und Entwicklung einer zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klärschlammentsorgung. Um langfristig eine planungssichere, stabile, den gesetzlichen Vorgaben entsprechende und zugleich wirtschaftliche Klärschlammverwertung sicherzustellen, beabsichtigen die Vertragspartner, bei der Klärschlammentsorgung dauerhaft zu kooperieren, mit dem Ziel, die rechtskonforme, rechtssichere und wirtschaftliche Klärschlammentsorgung dauerhaft sicher zu stellen.

(5) Die Vertragspartner haben sich entschlossen, im Rahmen ihrer jeweiligen KS-Verwertungskonzeption für die Verwertung ihrer Klärschlammmengen die Schaffung gemeinsamer Verwertungsmöglichkeiten, auch unter Einbeziehung weiterer öffentlicher Aufgabenträger, in den Fokus der Prüfung zu stellen und, soweit technisch machbar und wirtschaftlich sinnvoll, zu realisieren. Hierzu ist beabsichtigt, dass der RZV die Federführung der KS-Konzepterstellung übernimmt und der AZV ihm die entsprechende öffentlich-rechtliche Aufgabe überträgt.

(6) Der RZV hat gemeinsam mit drei weiteren Partnern im Gebiet Westsachsen (zusammen die „Gesellschafter“) die Klärschlammmanagement Westsachsen GmbH (KMW GmbH) mit Sitz in Zwickau (AG Chemnitz HRB 33282) mit dem Ziel errichtet, bei der Erfüllung dieser Aufgaben zu kooperieren und eine regionale Lösung zu entwickeln.

Gegenstand der Gesellschaft ist die Vorbereitung, der Bau und die Betreibung einer Klärschlammmonoverbrennungsanlage (KMVA) mit einer möglichen Phosphorrückgewinnung, einschließlich Energie- und Wärmebehandlung. Ziel ist es dabei zunächst, ein umsetzungsreifes Konzept für die Schaffung der notwendigen Kapazitäten für die Verwertung der anfallenden und der ihnen zuzurechnenden Klärschlämme aller Gesellschafter zu entwickeln, welches die gemeinsam definierten Zielvorgaben der Vertragspartner erfüllt und insbesondere die Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgabe der Klärschlammverwertung einschließlich Phosphorrückgewinnung dauerhaft sichert.

(7) Den Vertragspartnern ist bewusst, dass zur weiteren Realisierung der gemeinsamen Klärschlammverwertung zusätzliche Umsetzungsschritte erforderlich werden und sind bereit, an deren Umsetzung aktiv mitzuwirken.

Vorbehaltlich der positiven Beurteilung der Errichtung und des Betriebs einer KMVA und der Bestätigung der Umsetzung einer solchen KS-Verwertungskonzeption, streben die Vertragspartner an, dass der AZV zur weiteren gemeinsamen Aufgabenerfüllung dem RZV in einem zweiten Schritt die Aufgabe der Klärschlammentsorgung nach den Grundsätzen der KS-Verwertungskonzeption mittels einer weiteren Zweckvereinbarung überträgt.

§ 1 Gegenstand der Zweckvereinbarung/ Aufgabenübertragung

(1) Der RZV und der AZV arbeiten im Bereich der Klärschlamm Entsorgung zusammen. Der AZV überträgt hiermit dem RZV gemäß § 71 Absatz 1 SächsKomZG die Aufgabe der Planung und Entwicklung einer zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klärschlammverwertung („KS-Verwertungskonzeption“) als Teilaufgabe der Abwasserbeseitigung und Klärschlammverwertung einschließlich der Phosphorrückgewinnung gemäß § 54 Absatz 2 WHG, § 48 Satz 1 SächsWG in Verbindung mit § 2 Absatz 11, § 3 Absatz 1 Satz 1 AbfKlärV und § 15 KrWG. Die Berichtspflichten nach § 3a Absatz 1 AbfKlärV in der ab 01.01.2023 geltenden Fassung verbleiben beim AZV.

(2) Die weiteren Aufgaben des AZV als zuständiger Aufgabenträger der Abwasserentsorgung und als Betreiber von Abwasserbehandlungsanlagen und damit als Klärschlamm-erzeuger i. S. d. AbfKlärV bleiben im Übrigen von dieser Vereinbarung unberührt.

(3) Die Zusammenarbeit dient ausschließlich öffentlichen Interessen.

(4) Im Falle einer positiven Beurteilung der Errichtung und des Betriebs einer KMVA unter Einbeziehung der verwertungspflichtigen Klärschlämme des AZV in der KS-Verwertungskonzeption und der Genehmigung ihrer Umsetzung durch die Gesellschafter sowie die Rechtsaufsichtsbehörde, streben der AZV die Übertragung der Aufgabe der Klärschlamm Entsorgung nach § 54 Absatz 2 WHG, § 48 Satz 1 SächsWG in Verbindung mit § 2 Absatz 11, § 3 Absatz 1 Satz 1 AbfKlärV und § 15 KrWG auf den RZV und der RZV die Übernahme dieser Aufgabe an.

Zur Übertragung dieser weiteren Aufgaben werden der AZV und der RZV eine gesonderte Zweckvereinbarung auf der Grundlage der KS-Verwertungskonzeption schließen, welche u. a. einer gesonderten Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde bedarf.

§ 2 Kooperatives Konzept (Mitwirkungsrechte)

(1) Die Beteiligten verpflichten sich, kooperativ und konstruktiv zusammenzuarbeiten, um die Ziele der Vereinbarung zu erreichen. Insbesondere ist jeder Beteiligte verpflichtet, die in dieser Vereinbarung geregelten Leistungen zu erbringen und an den notwendigen einzelnen Maßnahmen und Schritten mitzuwirken.

(2) Der RZV übernimmt im Zusammenwirken mit dem AZV die Planung und Entwicklung einer zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klärschlammverwertung unter Berücksichtigung der hierfür notwendigen vom AZV mitzuteilenden Informationen, insbesondere in Bezug auf die zu verwertenden Klärschlamm-mengen und Klärschlamm-beschaffenheit. Der RZV kann sich hierfür geeigneter Dritter, insbesondere der KMW GmbH bedienen.

(3) Der AZV unterstützt den RZV bei der Schaffung erforderlicher Voraussetzungen zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben.

§ 3 Kosten

(1) Der AZV hat dem RZV die im Zusammenhang mit der Aufgabenübertragung entstehenden Aufwendungen zu erstatten.

(2) Maßstab für die Verteilung der nicht direkt dem AZV zuzuordnenden Kosten ist das Verhältnis der in die Verwertungskonzeption einzubeziehenden geplanten Klärschlamm-mengen der Vertragspartner (RZV 2.457 t Trockensubstanz/ AZV 216 t Trockensubstanz). Die zu entsorgende Gesamtmenge RZV und alle kooperierenden AZV beläuft sich auf 3.002 t Trockensubstanz (= 100 %).

Demnach trägt der RZV 81,85 % der Kosten und der AZV 7,20 %.

(3) Der RZV legt die entstandenen Kosten anteilig auf den AZV nach Ablauf des jeweiligen Kalenderjahres um und erstellt bis spätestens 30. Juni des Folgejahres eine Abrechnung, aus der sich der Aufwand und die Verteilung zwischen den Vertragspartnern ergibt.

(4) Die Vertragspartner gehen übereinstimmend davon aus, dass auf diese Vergütung als unmittelbare Kostenerstattungen keine Umsatzsteuer zu zahlen ist. Sofern hiervon abweichend von der Steuerbarkeit der Leistung ausgegangen werden sollte, wird die Umsatzsteuer ab dem Zeitpunkt der Feststellung durch das zuständige Finanzamt von dem RZV erhoben und von dem AZV erstattet. Die Erstattungspflicht trifft den AZV auch für den Fall der rückwirkenden Geltendmachung der Umsatzsteuer. Über die Einlegung von Rechtsmitteln gegen die Feststellung nach Satz 3 entscheiden die Vertragspartner gemeinsam.

(5) Eine Übertragung der Befugnis zur Abgabenerhebung gemäß § 71 Absatz 1 Satz 3 Halbsatz 2 in Verbindung mit § 60 Absatz 3 SächsKomZG ist mit der Aufgabenübertragung nicht verbunden.

§ 4 Auskunfts- und Einsichtsrechte

(1) Der RZV erteilt auf Verlangen des AZV über die Maßnahmen und den Stand der Planung und Entwicklung der zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klärschlammverwertung (KS-Verwertungskonzeption) Auskunft.

(2) Der RZV hat den AZV, unabhängig von Absatz 1, unverzüglich über alle wichtigen Angelegenheiten zu unterrichten, die die Planung und Entwicklung der zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klärschlammverwertung (KS-Verwertungskonzeption) beeinträchtigen könnten.

(3) Der AZV ist berechtigt, die Abrechnung zu prüfen und hierfür notwendige Unterlagen selbst oder durch ein von Berufswegen zur Verschwiegenheit verpflichteten Dritten einzusehen.

(4) Der AZV unterstützt die Aufgabenwahrnehmung durch den RZV bei der Schaffung erforderlicher Voraussetzungen zur Erfüllung seiner Aufgaben.

§ 5 Haftung

(1) Die Haftung des RZV für Schäden, die er im Rahmen der Aufgabenerfüllung nach § 1 zu vertreten hat, bestimmt

sich nach den gesetzlichen Bestimmungen, soweit nachfolgend keine abweichende Regelung getroffen ist.

(2) Sofern Dritte Ansprüche gegenüber dem AZV geltend machen, die im Zusammenhang mit der Aufgabenerfüllung nach § 1 stehen und auf schuldhafte Verletzung der Pflichten des RZV nach dieser Zweckvereinbarung zurückzuführen sind, hat der RZV den AZV der Höhe nach insoweit freizustellen, als der AZV gegenüber Dritten haftet.

§ 6 Laufzeit, Aufhebung

(1) Diese Zweckvereinbarung beginnt am Monatsersten des auf den Tag des Inkrafttretens nach § 9 folgenden Monats. Sie wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Die Zweckvereinbarung kann im gegenseitigen Benehmen aus Gründen des öffentlichen Wohls mit Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde, jedoch frühestens zum 31.12.2026 aufgehoben werden und wird mit der Bekanntmachung der Aufhebung durch die Rechtsaufsichtsbehörde im Sächsischen Amtsblatt wirksam.

§ 7 Sonstige Bestimmungen

(1) Änderungen oder Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform sowie der Genehmigung der Rechtsaufsicht. Dies gilt auch für die Änderung dieses Schriftformerfordernisses selbst. Mündliche Nebenabreden zu dieser Vereinbarung bestehen nicht.

(2) Im Falle einer wesentlichen Änderung der dieser Zweckvereinbarung zugrundeliegenden gesetzlichen Bestimmungen oder der tatsächlichen Verhältnisse werden die Vertragspartner unverzüglich in Verhandlungen mit dem Ziel eintreten, diese Zweckvereinbarung den geänderten Verhältnissen anzupassen.

(3) Erfüllungsort und Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung oder den weiteren Verhandlungen als auch dem zu schließenden Vertrag ist der Sitz des RZV.

(4) Sollten Bestimmungen dieser Vereinbarung oder eine künftige Ergänzung ganz oder teilweise nicht rechtswirksam oder nicht durchführbar sein oder ihre Rechtswirksamkeit oder Durchführbarkeit verlieren, so soll hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen dieser Vereinbarung nicht berührt werden. Das Gleiche gilt, soweit sich herausstellen sollte, dass diese Vereinbarung eine Regelungslücke enthält. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen oder zur Ausfüllung der Lücke soll eine angemessene Regelung gelten, die, soweit rechtlich möglich, dem am nächsten kommt, was die Parteien gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck dieser Vereinbarung gewollt hätten, sofern sie bei Abschluss dieser Vereinbarung oder bei der späteren Aufnahme einer Bestimmung den Punkt bedacht hätten.

(5) Die Vertragspartner gehen übereinstimmend davon aus, dass diese Vereinbarung vergaberechtskonform zustande gekommen ist. Für den Fall, dass künftig durch eine Aufsichtsbehörde, ein Gericht oder ein Organ der europäischen Union der Abschluss der Vereinbarung in einer förmlichen Entscheidung beanstandet wird, sind die Vertragspartner zunächst verpflichtet, eine gemeinsame vergaberechtskonforme Vertragsänderung zu ermöglichen.

§ 8 Meinungsverschiedenheiten

Die Zweckvereinbarung wird im Geiste der Partnerschaft und des ernststen Willens zur Vertragstreue geschlossen. Eventuell auftretende Unstimmigkeiten sind in diesem Sinne einvernehmlich zu regeln.

§ 9 Inkrafttreten

Die Zweckvereinbarung bedarf gemäß § 72 Absatz 1 Satz 3 SächsKomZG der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde. Sie tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde und der Zweckvereinbarung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Hainichen, 04.07.2023

Zweckverband „Kommunale Wasserver-/Abwasserentsorgung Mittleres Erzgebirgsvorland“ Hainichen (ZWA)
Ronny Hofmann
Verbandsvorsitzender

Zschopau, 09.06.2023

Abwasserzweckverband „Zschopau/Gornau“
Arne Sigmund
Verbandsvorsitzender

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Landratsamtes Erzgebirgskreis über die Genehmigung Zweckvereinbarung zur Übertragung der öffentlich-rechtlichen Aufgabe der Planung und Entwicklung einer zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klärschlammmentsorgung vom Zweckverband „Abwasser Schlematal“ (ZAST) auf den Zweckverband „Wasserwerke Westerzgebirge“ (ZWW)

Vom 17. Oktober 2023

Das Landratsamt Erzgebirgskreis hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheiden vom 1. September 2023, Az.: 093.21-22-032.la-7145/6062, auf der Grundlage von § 72 Absatz 1 in Verbindung mit § 49 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit wie folgt entschieden:

„1. Die Zweckvereinbarung zwischen dem Zweckverband „Abwasser Schlematal“ (ZAST) und dem Zweckverband „Wasserwerke Westerzgebirge“ (ZWW) zur Übertragung der öffentlich-rechtlichen Aufgabe der Planung und Entwicklung einer zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klärschlammmentsorgung vom 27. September 2022/22. September 2022 wird genehmigt.

2. Für diesen Bescheid werden keine Kosten erhoben.“

Die Zweckverbände erklärten jeweils mit Schreiben vom 20. September 2023 und 22. September 2023 gegenüber dem Landratsamt Erzgebirgskreis einen Rechtsbehelfsverzicht. Damit sind die Genehmigungsbescheide bestandskräftig.

Diese Bekanntmachung zur Genehmigung und die Zweckvereinbarung sind gemäß § 27a des Verwaltungsvorgangsgesetzes (VwVfG) auf der Internetseite des Erzgebirgskreises unter www.erzgebirgskreis.de (Bekanntmachungen/Bekanntmachung nach § 27a VwVfG) einsehbar.

Annaberg-Buchholz, den 17. Oktober 2023

Landratsamt Erzgebirgskreis
Anton
Landrat

Zweckvereinbarung zur Übertragung der öffentlich-rechtlichen Aufgabe der Planung und Entwicklung einer zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klärschlammmentsorgung

Zwischen dem
Zweckverband Wasserwerke Westerzgebirge, vertreten durch den Verbandsvorsitzenden Wolfgang Leonhardt, dieser vertreten durch den stellvertretenden Verbandsvorsitzenden Ruben Gehart, Am Wasserwerk 14, 08340 Schwarzenberg

– nachfolgend „**RZV**“ genannt –

und dem

Zweckverband Abwasser Schlematal (ZAST), vertreten durch den Verbandsvorsitzenden Wolfgang Leonhardt, Am Bahnhof 24, 08280 Aue

– nachfolgend „**AZV**“ genannt –

– RZV und AZV gemeinsam auch die „**Vertragspartner**“ genannt –

wird aufgrund der §§ 2 Absatz 1, 71 und 72 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl.

S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, in Verbindung mit § 54 Absatz 2 Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. S. 3901), § 48 S. 1 Sächsisches Wassergesetz (SächsWG) vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 144) in Verbindung mit § 2 Absatz 11, § 3 Absatz 1 Satz 1 Verordnung über die Verwertung von Klärschlamm, Klärschlammgemisch und Klärschlammkompost (Klärschlammverordnung – AbfKlärV) vom 27. September 2017 (BGBl. I S. 3465), zuletzt geändert durch Artikel 137 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328), § 15 Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz – KrWG) vom 24. Fe-

bruar 2012 (BGBl. I S. 212), zuletzt geändert durch Artikel 20 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436) folgende **Zweckvereinbarung** geschlossen.

Inhalt

Präambel

- § 1 Gegenstand der Zweckvereinbarung/Aufgabenübertragung
- § 2 Kooperatives Konzept (Mitwirkungsrechte)
- § 3 Kosten
- § 4 Auskunft- und Einsichtsrechte
- § 5 Haftung
- § 6 Laufzeit, Aufhebung
- § 7 sonstige Bestimmungen
- § 8 Meinungsverschiedenheiten
- § 9 Inkrafttreten

Präambel

(1) Die Vertragspartner sind jeweils Aufgabenträger der Abwasserbeseitigung nach § 56 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) in Verbindung mit § 50 Absatz 1 des Sächsischen Wassergesetzes (SächsWG).

(2) Sowohl der RZV als auch der AZV betreiben die Beseitigung des in ihren jeweiligen Verbandsgebieten anfallenden Abwassers als öffentliche Einrichtung. Für die Erledigung der vorgenannten Aufgabe einschließlich des Betriebs der Abwasseranlagen und der Entsorgung der Klärschlämme bedienen sich beide jeweils eines Dritten im Sinne des § 56 Satz 3 WHG. Die Entsorgung von Klärschlamm gehört in den Aufgabenbereich der Abfallentsorgung. Die öffentlich-rechtlichen Aufgabenträger der Abfallentsorgung haben die entsprechende Verpflichtung zur Entsorgung von Klärschlämmen jedoch ausgeschlossen. Dementsprechend sind der RZV und der AZV jeweils als Klärschlammherzeuger (§ 2 Absatz 11, § 3 Absatz 1 AbfKlärV) verpflichtet, den Klärschlamm, der zwangsläufig bei der Abwasserbehandlung anfällt, nach den Vorgaben des Abfallrechts zu entsorgen (§ 15 Absatz 1 KrWG).

(3) Die Novelle der Klärschlammverordnung 2017 (AbfKlärV) sieht eine Neuausrichtung der Klärschlammverwertung in Deutschland durch eine stufenweise Verschärfung der Anforderungen an eine bodenbezogene Verwertung von Klärschlämmen vor. Klärschlämme aus Abwasserbehandlungsanlagen ab einer Ausbaugröße von 100.000 Einwohnerwerten (EW) dürfen spätestens ab dem 01.01.2029 und Klärschlämme aus Abwasserbehandlungsanlagen ab einer Ausbaugröße von 50.000 EW spätestens ab dem 01.01.2032 nicht mehr bodenbezogen verwertet werden. Zudem ist spätestens ab 2029 grundsätzlich eine Phosphorrückgewinnung aus besonders phosphorhaltigen Klärschlämmen (Phosphorgehalt ≥ 20 g/Kg Trockensubstanz (TS)) vorzunehmen.

(4) Um diese verschärften Rahmenbedingungen der Klärschlammverwertung einzuhalten, sind die Vertragspartner gezwungen, die Klärschlammmengen zukünftig fast ausschließlich der Mitverbrennung zuzuführen. Die Mitverbrennungskapazitäten der in Betracht kommenden Kraftwerke sind jedoch begrenzt und werden mit zunehmender Nutzung der Sonnen- und Windenergie sowie der geplanten Abschaltung von Teilen der Braunkohlekraftwerke weiter rückläufig sein. Darüber hinaus soll ab 2029 für bestimmte Klärschlämme eine Mitverbrennung grundsätzlich untersagt werden, sodass von einem erheblichen Rückgang der Ent-

sorgungskapazitäten verbunden mit einem weiteren Anstieg der Entsorgungskosten ausgegangen werden muss.

Gemäß § 3a Absatz 1 AbfKlärV in der ab 01.01.2023 geltenden Fassung haben Klärschlammherzeuger, die im Kalenderjahr 2023 eine Abwasserbehandlungsanlage betreiben, der zuständigen Behörde bis spätestens 31. 12.2023 einen Bericht über die geplanten und eingeleiteten Maßnahmen zur Sicherstellung der ab 01.01.2029 durchzuführenden Phosphorrückgewinnung, zur Auf- oder Einbringung von Klärschlamm auf oder in Böden oder zur sonstigen Klärschlammentsorgung im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes vorzulegen („KS-Verwertungskonzeption“). Den Klärschlammherzeugern obliegt damit bereits heute die Aufgabe der Planung und Entwicklung einer zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klärschlammentsorgung. Um langfristig eine planungssichere, stabile, den gesetzlichen Vorgaben entsprechende und zugleich wirtschaftliche Klärschlammverwertung sicherzustellen, beabsichtigen die Vertragspartner, bei der Klärschlammentsorgung dauerhaft zu kooperieren, mit dem Ziel, die rechtskonforme, rechtssichere und wirtschaftliche Klärschlammentsorgung dauerhaft sicher zu stellen.

(5) Die Vertragspartner haben sich entschlossen, im Rahmen ihrer jeweiligen KS-Verwertungskonzeption für die Verwertung ihrer Klärschlammmengen die Schaffung gemeinsamer Verwertungsmöglichkeiten, auch unter Einbeziehung weiterer öffentlicher Aufgabenträger, in den Fokus der Prüfung zu stellen und, soweit technisch machbar und wirtschaftlich sinnvoll, zu realisieren. Hierzu ist beabsichtigt, dass der RZV die Federführung der KS-Konzepterstellung übernimmt und der AZV ihm die entsprechende öffentlich-rechtliche Aufgabe überträgt.

(6) Der RZV hat gemeinsam mit drei weiteren Partnern im Gebiet Westsachsen (zusammen die „Gesellschafter“) die Klärschlammmanagement Westsachsen GmbH (KMW GmbH) mit Sitz in Zwickau (AG Chemnitz HRB 33282) mit dem Ziel errichtet, bei der Erfüllung dieser Aufgaben zu kooperieren und eine regionale Lösung zu entwickeln.

Gegenstand der Gesellschaft ist die Vorbereitung, der Bau und die Betreibung einer Klärschlammmonoverbrennungsanlage (KMVA) mit einer möglichen Phosphorrückgewinnung, einschließlich Energie- und Wärmebehandlung. Ziel ist es dabei zunächst, ein umsetzungsreifes Konzept für die Schaffung der notwendigen Kapazitäten für die Verwertung der anfallenden und der ihnen zuzurechnenden Klärschlämme aller Gesellschafter zu entwickeln, welches die gemeinsam definierten Zielvorgaben der Vertragspartner erfüllt und insbesondere die Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgabe der Klärschlammverwertung einschließlich Phosphorrückgewinnung dauerhaft sichert.

(7) Den Vertragspartnern ist bewusst, dass zur weiteren Realisierung der gemeinsamen Klärschlammverwertung zusätzliche Umsetzungsschritte erforderlich werden und sind bereit, an deren Umsetzung aktiv mitzuwirken.

Vorbehaltlich der positiven Beurteilung der Errichtung und des Betriebs einer KMVA und der Bestätigung der Umsetzung einer solchen KS-Verwertungskonzeption, streben die Vertragspartner an, dass der AZV zur weiteren gemeinsamen Aufgabenerfüllung dem RZV in einem zweiten Schritt die Aufgabe der Klärschlammentsorgung nach den Grundsätzen der KS-Verwertungskonzeption mittels einer weiteren Zweckvereinbarung überträgt.

§ 1 Gegenstand der Zweckvereinbarung/ Aufgabenübertragung

(1) Der RZV und der AZV arbeiten im Bereich der Klärschlamm Entsorgung zusammen. Der AZV überträgt hiermit dem RZV gemäß § 71 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit die Aufgabe der Planung und Entwicklung einer zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klärschlammverwertung („KS-Verwertungskonzeption“) als Teilaufgabe der Abwasserbeseitigung und Klärschlammverwertung einschließlich der Phosphorrückgewinnung gemäß § 54 Absatz 2 WHG, § 48 S. 1 SächsWG in Verbindung mit § 2 Absatz 11, § 3 Absatz 1 Satz 1 AbfKlärV und § 15 KrWG. Die Berichtspflichten nach § 3a Absatz 1 AbfKlärV in der ab 01.01.2023 geltenden Fassung verbleiben beim AZV.

(2) Die weiteren Aufgaben des AZV als zuständiger Aufgabenträger der Abwasserentsorgung und als Betreiber von Abwasserbehandlungsanlagen und damit als Klärschlamm-erzeuger i. S. d. AbfKlärV bleiben im Übrigen von dieser Vereinbarung unberührt.

(3) Die Zusammenarbeit dient ausschließlich öffentlichen Interessen.

(4) Im Falle einer positiven Beurteilung der Errichtung und des Betriebs einer KMVA unter Einbeziehung der verwertungspflichtigen Klärschlämme des AZV in der KS-Verwertungskonzeption und der Genehmigung ihrer Umsetzung durch die Gesellschafter sowie die Rechtsaufsichtsbehörde, streben der AZV die Übertragung der Aufgabe der Klärschlamm Entsorgung nach § 54 Absatz 2 WHG, § 48 S. 1 SächsWG in Verbindung mit § 2 Absatz 11, § 3 Absatz 1 Satz 1 AbfKlärV und § 15 KrWG auf den RZV und der RZV die Übernahme dieser Aufgabe an.

Zur Übertragung dieser weiteren Aufgaben werden der AZV und der RZV eine gesonderte Zweckvereinbarung auf der Grundlage der KS-Verwertungskonzeption schließen, welche u. a. einer gesonderten Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde bedarf.

§ 2 Kooperatives Konzept (Mitwirkungsrechte)

(1) Die Beteiligten verpflichten sich, kooperativ und konstruktiv zusammenzuarbeiten, um

die Ziele der Vereinbarung zu erreichen. Insbesondere ist jeder Beteiligte verpflichtet, die in dieser Vereinbarung geregelten Leistungen zu erbringen und an den notwendigen einzelnen Maßnahmen und Schritten mitzuwirken.

(2) Der RZV übernimmt im Zusammenwirken mit dem AZV die Planung und Entwicklung einer zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klärschlammverwertung unter Berücksichtigung der hierfür notwendigen vom AZV mitzuteilenden Informationen, insbesondere in Bezug auf die zu verwertenden Klärschlamm mengen und Klärschlamm beschaffenheit. Der RZV kann sich hierfür geeigneter Dritter, insbesondere der KMW GmbH bedienen.

(3) Der AZV unterstützt den RZV bei der Schaffung erforderlicher Voraussetzungen zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben.

§ 3 Kosten

(1) Der AZV hat dem RZV die im Zusammenhang mit der Aufgabenübertragung entstehenden Aufwendungen zu erstatten.

(2) Maßstab für die Verteilung der nicht direkt dem AZV zuzuordnenden Kosten ist das Verhältnis der in die Verwertungskonzeption einzubeziehenden geplanten Klärschlamm mengen der Vertragspartner (RZV 1.700 t Trockensubstanz/ AZV 730 t Trockensubstanz.)

Demnach trägt der RZV 48,92 % der Kosten und der AZV 21,01 %.

(3) Der RZV legt die entstandenen Kosten anteilig auf den AZV nach Ablauf des jeweiligen Kalenderjahres um und erstellt bis spätestens 30. Juni des Folgejahres eine Abrechnung, aus der sich der Aufwand und die Verteilung zwischen den Vertragspartnern ergibt.

(4) Die Vertragspartner gehen übereinstimmend davon aus, dass auf diese Vergütung als unmittelbare Kostenerstattungen keine Umsatzsteuer zu zahlen ist. Sofern hiervon abweichend von der Steuerbarkeit der Leistung ausgegangen werden sollte, wird die Umsatzsteuer ab dem Zeitpunkt der Feststellung durch das zuständige Finanzamt von dem RZV erhoben und von dem AZV erstattet. Die Erstattungspflicht trifft den AZV auch für den Fall der rückwirkenden Geltendmachung der Umsatzsteuer. Über die Einlegung von Rechtsmitteln gegen die Feststellung nach Satz 3 entscheiden die Vertragspartner gemeinsam.

(5) Eine Übertragung der Befugnis zur Abgabenerhebung gemäß § 71 Absatz 1 Satz 3 Halbsatz 2 in Verbindung mit § 60 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit ist mit der Aufgabenübertragung nicht verbunden.

§ 4 Auskunfts- und Einsichtsrechte

(1) Der RZV erteilt auf Verlangen des AZV über die Maßnahmen und den Stand der Planung und Entwicklung der zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klärschlammverwertung (KS-Verwertungskonzeption) Auskunft.

(2) Der RZV hat den AZV, unabhängig von Absatz 1, unverzüglich über alle wichtigen Angelegenheiten zu unterrichten, die die Planung und Entwicklung der zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klärschlammverwertung (KS-Verwertungskonzeption) beeinträchtigen könnten.

(3) Der AZV ist berechtigt, die Abrechnung zu prüfen und hierfür notwendige Unterlagen selbst oder durch ein von Berufswegen zur Verschwiegenheit verpflichteten Dritten einzusehen.

(4) Der AZV unterstützt die Aufgabenwahrnehmung durch den RZV bei der Schaffung erforderlicher Voraussetzungen zur Erfüllung seiner Aufgaben.

§ 5 Haftung

(1) Die Haftung des RZV für Schäden, die er im Rahmen der Aufgabenerfüllung nach § 1 zu vertreten hat, bestimmt

sich nach den gesetzlichen Bestimmungen, soweit nachfolgend keine abweichende Regelung getroffen ist.

(2) Sofern Dritte Ansprüche gegenüber dem AZV geltend machen, die im Zusammenhang mit der Aufgabenerfüllung nach § 1 stehen und auf schuldhafte Verletzung der Pflichten des RZV nach dieser Zweckvereinbarung zurückzuführen sind, hat der RZV den AZV der Höhe nach insoweit freizustellen, als der AZV gegenüber Dritten haftet.

§ 6 Laufzeit, Aufhebung

(1) Diese Zweckvereinbarung beginnt am Monatsersten des auf den Tag des Inkrafttretens nach § 9 folgenden Monats. Sie wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Die Zweckvereinbarung kann im gegenseitigen Benehmen aus Gründen des öffentlichen Wohls mit Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde, jedoch frühestens zum 31.12.2026 aufgehoben werden und wird mit der Bekanntmachung der Aufhebung durch die Rechtsaufsichtsbehörde im Sächsischen Amtsblatt wirksam.

§ 7 Sonstige Bestimmungen

(1) Änderungen oder Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform sowie der Genehmigung der Rechtsaufsicht. Dies gilt auch für die Änderung dieses Schriftformerfordernisses selbst. Mündliche Nebenabreden zu dieser Vereinbarung bestehen nicht.

(2) Im Falle einer wesentlichen Änderung der dieser Zweckvereinbarung zugrundeliegenden gesetzlichen Bestimmungen oder der tatsächlichen Verhältnisse werden die Vertragspartner unverzüglich in Verhandlungen mit dem Ziel eintreten, diese Zweckvereinbarung den geänderten Verhältnissen anzupassen.

(3) Erfüllungsort und Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung oder den weiteren Verhandlungen als auch dem zu schließenden Vertrag ist der Sitz des RZV.

(4) Sollten Bestimmungen dieser Vereinbarung oder eine künftige Ergänzung ganz oder teilweise nicht rechtswirksam oder nicht durchführbar sein oder ihre Rechtswirksamkeit oder Durchführbarkeit verlieren, so soll hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen dieser Vereinbarung nicht berührt werden. Das Gleiche gilt, soweit sich herausstellen sollte, dass diese Vereinbarung eine Regelungslücke enthält. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen oder zur Ausfüllung der Lücke soll eine angemessene Regelung gelten, die, soweit rechtlich möglich, dem am nächsten kommt, was die Parteien gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck dieser Vereinbarung gewollt hätten, sofern sie bei Abschluss dieser Vereinbarung oder bei der späteren Aufnahme einer Bestimmung den Punkt bedacht hätten.

(5) Die Vertragspartner gehen übereinstimmend davon aus, dass diese Vereinbarung vergaberechtskonform zustande gekommen ist. Für den Fall, dass künftig durch eine Aufsichtsbehörde, ein Gericht oder ein Organ der europäischen Union der Abschluss der Vereinbarung in einer förmlichen Entscheidung beanstandet wird, sind die Vertragspartner zunächst verpflichtet, eine gemeinsame vergaberechtskonforme Vertragsänderung zu ermöglichen.

§ 8 Meinungsverschiedenheiten

Die Zweckvereinbarung wird im Geiste der Partnerschaft und des ernststen Willens zur Vertragstreue geschlossen. Eventuell auftretende Unstimmigkeiten sind in diesem Sinne einvernehmlich zu regeln.

§ 9 Inkrafttreten

Die Zweckvereinbarung bedarf gemäß § 72 Absatz 1 Satz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde. Sie tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde und der Zweckvereinbarung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Schwarzenberg, 27.09.2022

Zweckverband Wasserwerke Westerzgebirge
Ruben Gehart
stellvertretender Verbandsvorsitzender

Aue-Bad Schlema, 22.09.2022

Zweckverband Abwasser Schlematal
Wolfgang Leonhardt
Verbandsvorsitzender

**Bekanntmachung
des Landratsamtes Erzgebirgskreis
über die Genehmigung Zweckvereinbarung zur Übertragung
der öffentlich-rechtlichen Aufgabe der Planung und Entwicklung
einer zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klärschlammmentsorgung
vom Zweckverband „Oberes Zschopau- und Sehmatal“
auf den Zweckverband „Wasserwerke Westerzgebirge“ (ZWW)**

Vom 17. Oktober 2023

Das Landratsamt Erzgebirgskreis hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheiden vom 1. September 2023, Az.: 093.021-22-032.la-7045/7145, auf der Grundlage von § 72 Absatz 1 in Verbindung mit § 49 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit wie folgt entschieden:

„1. Die Zweckvereinbarung zwischen dem Abwasserzweckverband „Oberes Zschopau- und Sehmatal“ und dem Zweckverband „Wasserwerke Westerzgebirge“ (ZWW) zur Übertragung der öffentlich-rechtlichen Aufgabe der Planung und Entwicklung einer zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klärschlammmentsorgung vom 23. September 2022/30. September 2022 wird genehmigt.

2. Für diesen Bescheid werden keine Kosten erhoben.“

Die Zweckverbände erklärten jeweils mit Schreiben vom 22. September 2023 und 15. September 2023 gegenüber dem Landratsamt Erzgebirgskreis einen Rechtsbehelfsverzicht. Damit sind die Genehmigungsbescheide bestandskräftig.

Diese Bekanntmachung zur Genehmigung und die Zweckvereinbarung sind gemäß § 27a des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) auf der Internetseite des Erzgebirgskreises unter www.erzgebirgskreis.de (Bekanntmachungen/Bekanntmachung nach § 27a VwVfG) einsehbar.

Annaberg-Buchholz, den 17. Oktober 2023

Landratsamt Erzgebirgskreis
Anton
Landrat

**Zweckvereinbarung
zur Übertragung der öffentlich-rechtlichen Aufgabe
der Planung und Entwicklung einer zukunftsfähigen
und wirtschaftlichen Klärschlammmentsorgung**

Zwischen dem
Zweckverband Wasserwerke Westerzgebirge, vertreten durch den Verbandsvorsitzenden Wolfgang Leonhardt,
Am Wasserwerk 14, 08340 Schwarzenberg

– nachfolgend „**RZV**“ genannt –

und dem

Abwasserzweckverband „Oberes Zschopau- und Sehmatal“, vertreten durch den Verbandsvorsitzenden Harald Wendler, Talstraße 55, 09488 Thermalbad Wiesenbad OT Schönfeld

– nachfolgend „**AZV**“ genannt –

– RZV und AZV gemeinsam auch die „**Vertragspartner**“ genannt –

wird aufgrund der §§ 2 Absatz 1, 71 und 72 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, in Verbindung mit § 54 Absatz 2 Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom

18. August 2021 (BGBl. S. 3901), § 48 S. 1 Sächsisches Wassergesetz (SächsWG) vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 144) in Verbindung mit § 2 Absatz 11, § 3 Absatz 1 Satz 1 Verordnung über die Verwertung von Klärschlamm, Klärschlammgemisch und Klärschlammkompost (Klärschlammverordnung – AbfKlärV) vom 27. September 2017 (BGBl. I S. 3465), zuletzt geändert durch Artikel 137 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328), § 15 Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz – KrWG) vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212), zuletzt geändert durch Artikel 20 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436) folgende **Zweckvereinbarung** geschlossen.

Inhalt

Präambel

§ 1 Gegenstand der Zweckvereinbarung/Aufgabenübertragung

- § 2 Kooperatives Konzept (Mitwirkungsrechte)
- § 3 Kosten
- § 4 Auskunfts- und Einsichtsrechte
- § 5 Haftung
- § 6 Laufzeit, Aufhebung
- § 7 sonstige Bestimmungen
- § 8 Meinungsverschiedenheiten
- § 9 Inkrafttreten

Präambel

(1) Die Vertragspartner sind jeweils Aufgabenträger der Abwasserbeseitigung nach § 56 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) in Verbindung mit § 50 Absatz 1 des Sächsischen Wassergesetzes (SächsWG).

(2) Sowohl der RZV als auch der AZV betreiben die Beseitigung des in ihren jeweiligen Verbandsgebieten anfallenden Abwassers als öffentliche Einrichtung. Für die Erledigung der vorgenannten Aufgabe einschließlich des Betriebs der Abwasseranlagen und der Entsorgung der Klärschlämme bedienen sich beide jeweils eines Dritten im Sinne des § 56 Satz 3 WHG. Die Entsorgung von Klärschlamm gehört in den Aufgabenbereich der Abfallentsorgung. Die öffentlich-rechtlichen Aufgabenträger der Abfallentsorgung haben die entsprechende Verpflichtung zur Entsorgung von Klärschlämmen jedoch ausgeschlossen. Dementsprechend sind der RZV und der AZV jeweils als Klärschlammherzeuger (§ 2 Absatz 11, § 3 Absatz 1 AbfKlärV) verpflichtet, den Klärschlamm, der zwangsläufig bei der Abwasserbehandlung anfällt, nach den Vorgaben des Abfallrechts zu entsorgen (§ 15 Absatz 1 KrWG).

(3) Die Novelle der Klärschlammverordnung 2017 (AbfKlärV) sieht eine Neuausrichtung der Klärschlammverwertung in Deutschland durch eine stufenweise Verschärfung der Anforderungen an eine bodenbezogene Verwertung von Klärschlämmen vor. Klärschlämme aus Abwasserbehandlungsanlagen ab einer Ausbaugröße von 100 000 Einwohnerwerten (EW) dürfen spätestens ab dem 1. Januar 2029 und Klärschlämme aus Abwasserbehandlungsanlagen ab einer Ausbaugröße von 50 000 EW spätestens ab dem 1. Januar 2032 nicht mehr bodenbezogen verwertet werden. Zudem ist spätestens ab 2029 grundsätzlich eine Phosphorrückgewinnung aus besonders phosphorhaltigen Klärschlämmen (Phosphorgehalt ≥ 20 g/Kg Trockensubstanz (TS)) vorzunehmen.

(4) Um diese verschärften Rahmenbedingungen der Klärschlammverwertung einzuhalten, sind die Vertragspartner gezwungen, die Klärschlammmengen zukünftig fast ausschließlich der Mitverbrennung zuzuführen. Die Mitverbrennungskapazitäten der in Betracht kommenden Kraftwerke sind jedoch begrenzt und werden mit zunehmender Nutzung der Sonnen- und Windenergie sowie der geplanten Abschaltung von Teilen der Braunkohlekraftwerke weiter rückläufig sein. Darüber hinaus soll ab 2029 für bestimmte Klärschlämme eine Mitverbrennung grundsätzlich untersagt werden, sodass von einem erheblichen Rückgang der Entsorgungskapazitäten verbunden mit einem weiteren Anstieg der Entsorgungskosten ausgegangen werden muss.

Gemäß § 3a Absatz 1 AbfKlärV in der ab 01.01.2023 geltenden Fassung haben Klärschlammherzeuger, die im Kalenderjahr 2023 eine Abwasserbehandlungsanlage betreiben, der zuständigen Behörde bis spätestens 31.12.2023 einen Bericht über die geplanten und eingeleiteten Maßnahmen zur Sicherstellung der ab 01.01.2029 durchzuführenden Phosphorrückgewinnung, zur Auf- oder Einbringung von Klärschlamm auf oder in Böden oder zur sonstigen

Klärschlammentsorgung im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes vorzulegen („KS-Verwertungskonzeption“). Den Klärschlammherzeugern obliegt damit bereits heute die Aufgabe der Planung und Entwicklung einer zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klärschlammentsorgung. Um langfristig eine planungssichere, stabile, den gesetzlichen Vorgaben entsprechende und zugleich wirtschaftliche Klärschlammverwertung sicherzustellen, beabsichtigen die Vertragspartner, bei der Klärschlammentsorgung dauerhaft zu kooperieren, mit dem Ziel, die rechtskonforme, rechtssichere und wirtschaftliche Klärschlammentsorgung dauerhaft sicher zu stellen.

(5) Die Vertragspartner haben sich entschlossen, im Rahmen ihrer jeweiligen KS-Verwertungskonzeption für die Verwertung ihrer Klärschlammmengen die Schaffung gemeinsamer Verwertungsmöglichkeiten, auch unter Einbeziehung weiterer öffentlicher Aufgabenträger, in den Fokus der Prüfung zu stellen und, soweit technisch machbar und wirtschaftlich sinnvoll, zu realisieren. Hierzu ist beabsichtigt, dass der RZV die Federführung der KS-Konzepterstellung übernimmt und der AZV ihm die entsprechende öffentlich-rechtliche Aufgabe überträgt.

(6) Der RZV hat gemeinsam mit drei weiteren Partnern im Gebiet Westsachsen (zusammen die „Gesellschafter“) die Klärschlammmanagement Westsachsen GmbH (KMW GmbH) mit Sitz in Zwickau (AG Chemnitz HRB 33282) mit dem Ziel errichtet, bei der Erfüllung dieser Aufgaben zu kooperieren und eine regionale Lösung zu entwickeln.

Gegenstand der Gesellschaft ist die Vorbereitung, der Bau und die Betreibung einer Klärschlammmonoverbrennungsanlage (KMVA) mit einer möglichen Phosphorrückgewinnung, einschließlich Energie- und Wärmebehandlung. Ziel ist es dabei zunächst, ein umsetzungsreifes Konzept für die Schaffung der notwendigen Kapazitäten für die Verwertung der anfallenden und der ihnen zuzurechnenden Klärschlämme aller Gesellschafter zu entwickeln, welches die gemeinsam definierten Zielvorgaben der Vertragspartner erfüllt und insbesondere die Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgabe der Klärschlammverwertung einschließlich Phosphorrückgewinnung dauerhaft sichert.

(7) Den Vertragspartnern ist bewusst, dass zur weiteren Realisierung der gemeinsamen Klärschlammverwertung zusätzliche Umsetzungsschritte erforderlich werden und sind bereit, an deren Umsetzung aktiv mitzuwirken.

Vorbehaltlich der positiven Beurteilung der Errichtung und des Betriebs einer KMVA und der Bestätigung der Umsetzung einer solchen KS-Verwertungskonzeption, streben die Vertragspartner an, dass der AZV zur weiteren gemeinsamen Aufgabenerfüllung dem RZV in einem zweiten Schritt die Aufgabe der Klärschlammentsorgung nach den Grundsätzen der KS-Verwertungskonzeption mittels einer weiteren Zweckvereinbarung überträgt.

§ 1

Gegenstand der Zweckvereinbarung/ Aufgabenübertragung

(1) Der RZV und der AZV arbeiten im Bereich der Klärschlammentsorgung zusammen. Der AZV überträgt hiermit dem RZV gemäß § 71 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit die Aufgabe der Planung und Entwicklung einer zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klärschlammverwertung („KS-Verwertungskonzeption“) als Teilaufgabe der Abwasserbeseitigung und Klärschlammverwertung einschließlich der Phosphorrückgewinnung gemäß

§ 54 Absatz 2 WHG, § 48 S. 1 SächsWG in Verbindung mit § 2 Absatz 11, § 3 Absatz 1 Satz 1 AbfKlärV und § 15 KrWG. Die Berichtspflichten nach § 3a Absatz 1 AbfKlärV in der ab 01.01.2023 geltenden Fassung verbleiben beim AZV.

(2) Die weiteren Aufgaben des AZV als zuständiger Aufgabenträger der Abwasserentsorgung und als Betreiber von Abwasserbehandlungsanlagen und damit als Klärschlamm-erzeuger i. S. d. AbfKlärV bleiben im Übrigen von dieser Vereinbarung unberührt.

(3) Die Zusammenarbeit dient ausschließlich öffentlichen Interessen.

(4) Im Falle einer positiven Beurteilung der Errichtung und des Betriebs einer KMVA unter Einbeziehung der verwertungspflichtigen Klärschlämme des AZV in der KS-Verwertungskonzeption und der Genehmigung ihrer Umsetzung durch die Gesellschafter sowie die Rechtsaufsichtsbehörde, streben der AZV die Übertragung der Aufgabe der Klärschlamm-entsorgung nach § 54 Absatz 2 WHG, § 48 S. 1 SächsWG in Verbindung mit § 2 Absatz 11, § 3 Absatz 1 Satz 1 AbfKlärV und § 15 KrWG auf den RZV und der RZV die Übernahme dieser Aufgabe an.

Zur Übertragung dieser weiteren Aufgaben werden der AZV und der RZV eine gesonderte Zweckvereinbarung auf der Grundlage der KS-Verwertungskonzeption schließen, welche u. a. einer gesonderten Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde bedarf.

§ 2

Kooperatives Konzept (Mitwirkungsrechte)

(1) Die Beteiligten verpflichten sich, kooperativ und konstruktiv zusammenzuarbeiten, um

die Ziele der Vereinbarung zu erreichen. Insbesondere ist jeder Beteiligte verpflichtet, die in dieser Vereinbarung geregelten Leistungen zu erbringen und an den notwendigen einzelnen Maßnahmen und Schritten mitzuwirken.

(2) Der RZV übernimmt im Zusammenwirken mit dem AZV die Planung und Entwicklung einer zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klärschlammverwertung unter Berücksichtigung der hierfür notwendigen vom AZV mitzuteilenden Informationen, insbesondere in Bezug auf die zu verwertenden Klärschlamm-mengen und Klärschlamm-beschaffenheit. Der RZV kann sich hierfür geeigneter Dritter, insbesondere der KMW GmbH bedienen.

(3) Der AZV unterstützt den RZV bei der Schaffung erforderlicher Voraussetzungen zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben.

§ 3

Kosten

(1) Der AZV hat dem RZV die im Zusammenhang mit der Aufgabenübertragung entstehenden Aufwendungen zu erstatten.

(2) Maßstab für die Verteilung der nicht direkt dem AZV zuzuordnenden Kosten ist das Verhältnis der in die Verwertungskonzeption einzubeziehenden geplanten Klärschlamm-mengen der Vertragspartner (RZV 1.700 t Trockensubstanz/ AZV 1.045 t Trockensubstanz.)

Demnach trägt der RZV 48,92 % der Kosten und der AZV 30,07 %.

(3) Der RZV legt die entstandenen Kosten anteilig auf den AZV nach Ablauf des jeweiligen Kalenderjahres um und erstellt bis spätestens 30. Juni des Folgejahres eine Abrechnung, aus der sich der Aufwand und die Verteilung zwischen den Vertragspartnern ergibt.

(4) Die Vertragspartner gehen übereinstimmend davon aus, dass auf diese Vergütung als unmittelbare Kostenerstattungen keine Umsatzsteuer zu zahlen ist. Sofern hiervon abweichend von der Steuerbarkeit der Leistung ausgegangen werden sollte, wird die Umsatzsteuer ab dem Zeitpunkt der Feststellung durch das zuständige Finanzamt von dem RZV erhoben und von dem AZV erstattet. Die Erstattungspflicht trifft den AZV auch für den Fall der rückwirkenden Geltendmachung der Umsatzsteuer. Über die Einlegung von Rechtsmitteln gegen die Feststellung nach Satz 3 entscheiden die Vertragspartner gemeinsam.

(5) Eine Übertragung der Befugnis zur Abgabenerhebung gemäß § 71 Absatz 1 Satz 3 Halbsatz 2 in Verbindung mit § 60 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit ist mit der Aufgabenübertragung nicht verbunden.

§ 4

Auskunfts- und Einsichtsrechte

(1) Der RZV erteilt auf Verlangen des AZV über die Maßnahmen und den Stand der Planung und Entwicklung der zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klärschlammverwertung (KS-Verwertungskonzeption) Auskunft.

(2) Der RZV hat den AZV, unabhängig von Absatz 1, unverzüglich über alle wichtigen Angelegenheiten zu unterrichten, die die Planung und Entwicklung der zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Klärschlammverwertung (KS-Verwertungskonzeption) beeinträchtigen könnten.

(3) Der AZV ist berechtigt, die Abrechnung zu prüfen und hierfür notwendige Unterlagen selbst oder durch ein von Berufswegen zur Verschwiegenheit verpflichteten Dritten einzusehen.

(4) Der AZV unterstützt die Aufgabenwahrnehmung durch den RZV bei der Schaffung erforderlicher Voraussetzungen zur Erfüllung seiner Aufgaben.

§ 5

Haftung

(1) Die Haftung des RZV für Schäden, die er im Rahmen der Aufgabenerfüllung nach § 1 zu vertreten hat, bestimmt sich nach den gesetzlichen Bestimmungen, soweit nachfolgend keine abweichende Regelung getroffen ist.

(2) Sofern Dritte Ansprüche gegenüber dem AZV geltend machen, die im Zusammenhang mit der Aufgabenerfüllung nach § 1 stehen und auf schuldhaftes Verletzen der Pflichten des RZV nach dieser Zweckvereinbarung zurückzuführen sind, hat der RZV den AZV der Höhe nach insoweit freizustellen, als der AZV gegenüber Dritten haftet.

§ 6 Laufzeit, Aufhebung

(1) Diese Zweckvereinbarung beginnt am Monatsersten des auf den Tag des Inkrafttretens nach § 9 folgenden Monats. Sie wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Die Zweckvereinbarung kann im gegenseitigen Benehmen aus Gründen des öffentlichen Wohls mit Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde, jedoch frühestens zum 31.12.2026 aufgehoben werden und wird mit der Bekanntmachung der Aufhebung durch die Rechtsaufsichtsbehörde im Sächsischen Amtsblatt wirksam.

§ 7 Sonstige Bestimmungen

(1) Änderungen oder Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform sowie der Genehmigung der Rechtsaufsicht. Dies gilt auch für die Änderung dieses Schriftformerfordernisses selbst. Mündliche Nebenabreden zu dieser Vereinbarung bestehen nicht.

(2) Im Falle einer wesentlichen Änderung der dieser Zweckvereinbarung zugrundeliegenden gesetzlichen Bestimmungen oder der tatsächlichen Verhältnisse werden die Vertragspartner unverzüglich in Verhandlungen mit dem Ziel eintreten, diese Zweckvereinbarung den geänderten Verhältnissen anzupassen.

(3) Erfüllungsort und Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung oder den weiteren Verhandlungen als auch dem zu schließenden Vertrag ist der Sitz des RZV.

(4) Sollten Bestimmungen dieser Vereinbarung oder eine künftige Ergänzung ganz oder teilweise nicht rechtswirksam oder nicht durchführbar sein oder ihre Rechtswirksamkeit oder Durchführbarkeit verlieren, so soll hierdurch die

Gültigkeit der übrigen Bestimmungen dieser Vereinbarung nicht berührt werden. Das Gleiche gilt, soweit sich herausstellen sollte, dass diese Vereinbarung eine Regelungslücke enthält. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen oder zur Ausfüllung der Lücke soll eine angemessene Regelung gelten, die, soweit rechtlich möglich, dem am nächsten kommt, was die Parteien gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck dieser Vereinbarung gewollt hätten, sofern sie bei Abschluss dieser Vereinbarung oder bei der späteren Aufnahme einer Bestimmung den Punkt bedacht hätten.

(5) Die Vertragspartner gehen übereinstimmend davon aus, dass diese Vereinbarung vergaberechtskonform zustande gekommen ist. Für den Fall, dass künftig durch eine Aufsichtsbehörde, ein Gericht oder ein Organ der europäischen Union der Abschluss der Vereinbarung in einer förmlichen Entscheidung beanstandet wird, sind die Vertragspartner zunächst verpflichtet, eine gemeinsame vergaberechtskonforme Vertragsänderung zu ermöglichen.

§ 8 Meinungsverschiedenheiten

Die Zweckvereinbarung wird im Geiste der Partnerschaft und des ernststen Willens zur Vertragstreue geschlossen. Eventuell auftretende Unstimmigkeiten sind in diesem Sinne einvernehmlich zu regeln.

§ 9 Inkrafttreten

Die Zweckvereinbarung bedarf gemäß § 72 Absatz 1 Satz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde. Sie tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde und der Zweckvereinbarung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Schwarzenberg, 23.09.2022

Zweckverband Wasserwerke Westerzgebirge
Wolfgang Leonhardt
Verbandsvorsitzender

Thermalbad Wiesenbad, 30.09.2022

Abwasserzweckverband „Oberes Zschopau- und Sehmatal“
Harald Wendler
Verbandsvorsitzender

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Ludwig-Hartmann-Straße 40
01277 Dresden
Telefon: 0351 485260
Telefax: 0351 4852661
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Frank Unger

Druck:

Stoba-Druck GmbH
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

2. November 2023

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 229,49 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 47,08 Euro Postversand) bzw. 127,14 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 8,03 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Ludwig-Hartmann-Str. 40, 01277 Dresden
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 